

Politik für die Wirklichkeit

Wahlprogramm der niedersächsischen SPD für 2003 – 2008

Beschluss des SPD-Landesparteitags vom 15. November 2002

Politik für die Wirklichkeit

Präambel

Wir wollen unsere erfolgreiche Politik in und für Niedersachsen fortsetzen. Unter der politischen Führung der SPD ist es gelungen, den notwendigen Wandel für unser schönes Bundesland politisch zu gestalten. Niedersachsen ist vorbereitet und fit für das 21. Jahrhundert. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben – zum Wohl unseres Landes!

Niedersachsen ist das zweitgrößte Bundesland in Deutschland. Unser Land ist modern und weltoffen. Es besteht aus selbstbewussten, historisch tief verwurzelten Regionen mit wirtschaftlichen, landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten. Die Menschen, die hier leben und arbeiten, sind ruhig, selbstgewiss, gelassen und zugleich zur steten Erneuerung ihres Leben und ihres Landes bereit.

Wir sind bereit und fähig, unser Land auch in den nächsten fünf Jahren politisch zu führen. Seit 1990 haben wir beharrlich und erfolgreich unser Land vorangebracht. Die Ergebnisse in allen Politikbereichen können sich sehen lassen. Wir brauchen den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Unter der politischen Führung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Niedersachsen eine gelungene Verbindung aus Tradition und Erneuerung eingegangen. Beim „Wohlfühlfaktor“ liegt Niedersachsen nach einer aktuellen Umfrage mit vorn: Bei uns fühlen sich die Menschen gut aufgehoben. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Niedersachsen die Heimat des Fortschritts bleibt.

Wir verfügen über die personellen und programmatischen Voraussetzungen, Niedersachsen auch in den nächsten fünf Jahren zu führen. Unser Ziel bleibt es, den globalen Wandel politisch zu gestalten. Denn wir wissen um die Chancen der Globalisierung. Wir sind nahe bei den Menschen und wissen um ihre Sorgen und Hoffnungen. Viele erleben das Zusammenwachsen der Welt als zwiespältigen Prozess: Sie sehen die Chancen wirtschaftlicher Prosperität, zugleich fürchten sie, Haltepunkte und Anschluss zu verlieren. Diese Sorgen nehmen wir ernst und vermitteln zugleich neue Zuversicht.

Wir in Niedersachsen fördern das politische Zusammenwachsen in Europa. Ein großes, einiges und friedliches Europa ist die Antwort auf die globalen Herausforderungen der Gegenwart. Zugleich sorgen wir dafür, regionale Besonderheiten und Identitäten zu stärken. Denn sie geben den Menschen Halt und Sicherheit. Deshalb setzen wir auf Kooperation im Norden mit unseren norddeutschen Nachbarn – mit Bremen, Hamburg und Schleswig- Holstein.

Politik für die Wirklichkeit

Wir wollen unser Land weiter erneuern und alle Politikbereiche zukunftsfähig gestalten.

Dabei setzen wir auf Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen. Auch eine Politik für die Wirklichkeit muss in die Zukunft blicken und Visionen haben. Wer morgen sicher und gesund leben will, muss heute für Reformen und Veränderungen sorgen. Das gilt nicht nur für die Umweltpolitik, es gilt für Bildung, Finanzen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Familie und Verbraucherschutz. Wir wollen ökonomischen Fortschritt, wir wollen Wachstum, ohne tiefe Eingriffe in unsere Natur und unter steter Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Kinder und Enkel keinen Gestaltungsspielraum mehr haben.

Wir fördern den solidarischen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich. Unser Politikmodell steht für die Balance von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung. Bewegen und bewahren sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Wir fordern und fördern – in der Schule und in der Hochschule, auf dem Arbeitsmarkt, in Staat und Verwaltung. Und bei den wichtigen Entscheidungen auf Bundesebene haben wir dieses Leitmotiv unserer Politik stets durchgehalten: Ob Steuerreform für Beschäftigte und Betriebe, Kindergelderhöhungen, höhere BAföG-Zahlungen, Ausstieg aus der Atom-Energie oder innere Sicherheit – wir in Niedersachsen standen und stehen für den Zweiklang aus Erneuerung und Gerechtigkeit.

Wir wollen und werden die Arbeitslosigkeit weiter entschieden bekämpfen. Die Chance auf Beschäftigung für alle – vor allem aber für junge Frauen und Männer – bleibt das zentrale Ziel all unserer Bemühungen. Für uns fangen diese Anstrengungen in der Schule an. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden. Deshalb tun wir alles in unserer Macht stehende, unsere Kinder besser zu befähigen. Das ist unsere Lehre aus der PISA-Studie. Wir wollen Chancensicherung von Anfang an – in der Schule, in der Hochschule, am Arbeitsplatz. Bildung und Qualifizierung sind das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

Wir erneuern Staat und Verwaltung. Unser Leitbild ist der aktivierende Staat in einer aktiven Zivilgesellschaft. Beim Wettstreit der Ideen prüfen wir immer unser eigenes Handeln, weil wir wissen, dass die besten Lösungen immer im Dialog gefunden werden. Gerade diese Offenheit ist die Grundlage für eine aktive Beteiligung und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an allen politischen Willensbildungsprozessen. Deshalb fördern wir alle Ansätze zur Selbstorganisation und zur Ehrenamtlichkeit der Menschen in unserem Land. Und diejenigen, die das nicht können, lassen wir nicht allein. Unser Land muss weiterhin entscheidend dazu beitragen, dass der demokratische und soziale Rechtsstaat seine Aufgaben erfüllen und jede Frau und jeder Mann ihre und seine Lebenschancen voll ausschöpfen kann.

Wir lassen uns bei allen unseren Entscheidungen von unseren Grundwerten leiten. Die Sozialdemokratie als älteste der deutschen Parteien ist als politische Bewegung vor knapp 140 Jahren entstanden, um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gleichermaßen zu verwirklichen. Diesem Ziel sehen sich auch die niedersächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verpflichtet. Alle drei Grundwerte dienen auch heute noch als Leitlinie bei all unseren politischen Entscheidungen. Auf diesem Fundament unserer Grundwerte stehen wir sicher in der Mitte der Gesellschaft und sind bereit zur Veränderung. Das nennen wir Politik für die Wirklichkeit.

Wir werden die Reformpolitik für Niedersachsen fortsetzen.

Mit Leidenschaft und Augenmaß arbeiten wir weiter an der Erneuerung unseres Landes. Dabei stehen wir für eine Politik gleicher und gerechter Chancen für alle. In Respekt und Anerkennung der unterschiedlichen und vielfältigen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Frauen und Männer in allen Teilen Niedersachsens setzen wir unsere Politik für ganz Niedersachsen fort. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst: Soziale Gerechtigkeit heißt für uns auch Chancengleichheit der

Politik für die Wirklichkeit

Geschlechter. In all unseren politischen Entscheidungen werden wir daher das Prinzip des Gender Mainstreaming verfolgen und so Gleichstellung sichern.

Wir laden alle Frauen und Männer ein zu einem Bündnis für Reformen. Ob gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände und Vereine – wir ermutigen alle, mit uns gemeinsam an der Fortsetzung unserer Reformpolitik in und für ein fortschrittliches, weltoffenes und gerechtes Niedersachsen mitzuwirken und teilzuhaben. Dabei sind Ideen und kreative Lösungen gefragt. Gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen werden wir dafür sorgen, dass Niedersachsen – wie es sein Landeswappen unübersehbar symbolisiert – auf dem „Sprung“ nach vorn bleibt.

A. Haushalt und Finanzen

Gerechtigkeit braucht solide Finanzen – Solide Finanzen brauchen Gerechtigkeit. Die wichtigste Grundlage für die Entwicklung unseres Landes sind solide Finanzen. Unsere Kinder brauchen bessere Schulen. Frauen brauchen mehr Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Netz von Kindertagesstätten und Ganztagschulen muss entstehen. Wir alle brauchen lebendige und lebenswerte Städte und Gemeinden. Wir brauchen Spitzenleistungen in Forschung und Wissenschaft. Wir können nicht leben ohne Kultur. Und wir dürfen Menschen, die Hilfe benötigen, nicht allein lassen. All diese Aufgaben und Verpflichtungen haben wir vor uns. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen und werden ihnen nachkommen. Aber für alle diese Aufgaben brauchen wir auch Geld. Und davon haben wir in den kommenden Jahren nicht mehr, sondern weniger. Aufgabe von Politik ist es, Prioritäten zu setzen. Gemeinsam haben wir die Kraft, den Zusammenhalt in unserem Gemeinwesen zu stärken, um auch in schwierigen Zeiten neue Chancen, neue Perspektiven und eine gute Zukunft für die Menschen in unserem Land zu sichern. Wer daran mitarbeiten will, findet in uns kräftige Bündnispartner.

Niedersachsen steht vor einer immensen Herausforderung. Wie in anderen Ländern auch sinken die Steuereinnahmen in dramatischem Ausmaß. Die Gründe dafür sind bekannt: Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Steuerflucht, Schwarzarbeit, finanzielle Folgen der deutschen Wiedervereinigung und auch zu hohe Schulden in der Vergangenheit. Die Ausgangslage in Niedersachsen war schwierig, als die CDU 1990 abgewählt wurde. Zwischen 1976 und 1990 hatten die CDU-geführten Regierungen die Schulden trotz zusätzlicher Nettoeinnahmen von Förderzins und Förderabgabe aus der Erdgasproduktion von 7,5 Mrd. DM auf rund 40 Mrd. DM in die Höhe getrieben. Damit wurden die Ausgaben trotz steigender Steuereinnahmen sowie der Förderzins-Einnahmen zu fast 10 Prozent aus Krediten finanziert! Die SPD hat in schwieriger Zeit umgesteuert, sozialdemokratische Landesregierungen haben die Kreditfinanzierung auf 7,5 Prozent zurückgeführt. Der Bund der Steuerzahler attestierte daher erst jüngst in seiner Zeitschrift „Der Steuerzahler“ der CDU in Niedersachsen: „.....unter CDU-Ministerpräsident Albrecht (1976 bis 1990) begann sich die Schuldenspirale dann richtig zu drehen“. Hätte die SPD in den 90er Jahren die Verschuldungspolitik der CDU aus den 80er Jahren fortgeführt, hätte der Start ins 21. Jahrhundert mit knapp 3 Mrd. € höheren Schulden begonnen.

Unsere Grundsätze: Klarheit, Gerechtigkeit, Sparsamkeit und Handlungsfähigkeit. Solide Finanzpolitik beginnt damit, dass man den Tatsachen ins Auge blickt. Wegschauen, ignorieren oder beschönigen ist keine Lösung, sondern ist unverantwortlich. Und unverantwortlich ist auch, den Menschen in Wahlkämpfen unbezahlbare Versprechen zu machen. Allen alles zu versprechen, mehr Ausgaben aber weniger Steuern und weniger Schulden: Das war das Motto der CDU im Bundeswahlkampf und das ist auch seit Jahren ihr Motto in Niedersachsen. Die Menschen wissen, dass das unmöglich ist. Deshalb sind damit auch keine Wahlen zu gewinnen. Eine Politik, die untätig auf den nächsten Aufschwung wartet und feige jede Entscheidung meidet, hätte jede Gestaltungskraft und jede Verantwortlichkeit für kommende Generationen aufgegeben. Eine solche Politik darf und wird es in Niedersachsen mit der SPD nicht geben. Wer einen Weg aus den Problemen finden will, darf die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen.

Klarheit: Das heißt, nichts zu beschönigen. Klarheit heißt auch, das Wünschenswerte vom Unverzichtbaren zu trennen und unmissverständlich zu sagen, was noch geht und was definitiv

Politik für die Wirklichkeit

nicht mehr geht. Auf diese Klarheit haben die Menschen einen Anspruch, damit sie wissen, was kommt und sich darauf einstellen können. Iar ist dabei vor allem: An den wichtigen Zukunftsaufgaben für Bildung und Wissenschaft, Ausbildung und Arbeit und der innere Sicherheit wird es auch in den kommenden Jahren keine Einsparungen geben. Im Gegenteil: Es bleibt bei den bereits beschlossenen Mehrausgaben für Bildung und Erziehung in Höhe von insgesamt 230 Mio €. An der Bildung wird in Niedersachsen auch in Zukunft nicht gespart! Klar ist allerdings auch, wo wir einsparen werden. Schon jetzt, vor der Landtagswahl, benennen wir die Sparmaßnahmen, die wir nach der Steuerschätzung im Frühjahr 2003 beschließen werden. Dabei brauchen wir neben weiteren Ausgabekürzungen in praktisch allen anderen Politikbereichen vor allem eine völlig neue Verwaltungsstruktur.

Gerechtigkeit: Die Gerechtigkeit ist aus dem Lot. Die öffentlichen Aufgaben werden inzwischen vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dem kleinen Mittelstand finanziert. Der Anteil der Lohn- und Einkommenssteuer am Gesamtsteueraufkommen – also der Steuern, die im Wesentlichen von den Arbeitnehmern und von den Familienunternehmen in Deutschland aufgebracht wurden – hat sich von 1980 bis 2001 von 17 % auf rund 32 % nahezu verdoppelt. Nur 1 Prozent der deutschen Bevölkerung verfügt über 25 % des privaten Geldvermögens. Nach Untersuchungen ist in den 90er Jahren der Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme am verfügbaren Volkseinkommen von 49,4 % auf 42,7 % gesunken, während der Anteil der Nettogewinn- und Nettovermögenseinkommen von 35,7 % auf 40, % gestiegen ist. Da Gewinn- und Vermögenseinkommen überwiegend nicht Arbeitnehmerhaushalten zu Gute kommen, bedeutet dies, dass ein immer geringerer Anteil des Volkseinkommens auf Arbeitnehmerhaushalte entfällt. Von einer gerechten Finanzierung unseres Gemeinwesens kann in Deutschland keine Rede mehr sein.

Die starken Schultern müssen mehr tragen. Gerade jetzt gilt es, Gerechtigkeit walten zu lassen. Dies gilt in zweifacher Hinsicht. Es geht zum einen um Generationengerechtigkeit: Wir wollen keine weiteren Belastungen für unsere Kinder und Kindeskinde schaffen. Der Aufgabenbestand unseres Staates muss auf den Prüfstand. Wir wollen Pflicht und Kür unterscheiden und zuerst unsere Pflichtaufgaben bewältigen. Die aber müssen auch von der jetzt lebenden Generation bezahlt werden. Zum anderen geht es um soziale Gerechtigkeit: Wir werden die soziale Balance in unserer Gesellschaft sichern. Nur so können wir die Lebenschancen aller Menschen wahren. Die Finanzierung unseres Gemeinwesens darf nicht immer stärker auf kleine und durchschnittliche Einkommen oder auf kleinere und mittlere Betriebe abgeschoben werden. Wir dürfen weder den Menschen immer mehr ihres hart erarbeiteten Einkommens entziehen noch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe schwächen. Aber aus diesen Gründen treten wir auch offensiv für die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer ein, so wie sie in vielen europäischen Ländern üblich ist. Wir werden die Einnahmen für eine bessere Bildung und Erziehung in unseren Kindergärten, Schulen und Universitäten einsetzen. Wir wollen dabei weder betriebliches Vermögen noch landwirtschaftlich genutzte Grundstücke besteuern. Und auch nicht „Oma ihr klein Häuschen“. Wir müssen unseren Kindern eine gute Schulbildung, Erziehung und ein intaktes Gemeinwesen hinterlassen und nicht nur private Vermögen. Dafür müssen starke Schultern in unserem Land auch bereit sein, mehr beizutragen als schwächere.

Sparen: Niedersachsen hat auch in der Vergangenheit mit großem Erfolg gespart. Wir haben seit 1994 mit der Verwaltungsreform rund 12.000 Stellen im Landesdienst abgebaut – ohne Kürzungen bei Schulen, Hochschulen, innerer Sicherheit und Justizvollzug! Gleichzeitig wurde die Arbeitszeit für Beamte verlängert, die Beihilfeleistungen verringert und in vielen Bereichen des Öffentlichen Dienstes in Niedersachsen Einsparungen erzielt: Wir haben rund 150 Behörden aufgelöst oder umgestaltet, die Anzahl der Verwaltungsvorschriften und

Politik für die Wirklichkeit

Berichtspflichten halbiert. Wir sparen viel Geld durch die Forcierung des IT-Einsatzes in der Landesverwaltung: Von 16.700 Bildschirmarbeitsplätzen in 1993 auf 57.000 IT-Arbeitsplätze heute. Insgesamt 750 Mio. € jährlich sind auf diese Weise als Einsparvolumen im Öffentlichen Dienst des Landes erbracht worden. Die Ausgaben des Landes haben wir seit 1999 verringert: Von den Energiekosten, über die pauschalierte Sozialhilfe, den Asylkosten und die Studentenwerke bis zum Wohnungsbau, der Erwachsenenbildung, der Landwirtschaft und den freiwilligen sozialen Leistungen. Insgesamt sind dadurch seit 1999 jährlich rund 290 Mio. € eingespart worden. Aber das alles reicht jetzt nicht mehr. Wir müssen und werden noch mehr sparen. Und wir sagen heute schon, wo wir anfangen: Bei uns selbst. Verständnis und Solidarität finden wir nur, wenn wir uns selbst nicht ausnehmen und bei denen beginnen, die mehr haben als andere. Oder anders ausgedrückt: Treppen werden von oben gekehrt.

Wir sagen, wo gespart wird. Und bei uns fangen wir an: Im Zeitraum der dringenden Sparmaßnahmen werden wir die Gehälter der Ministerinnen und Minister in den Jahren 2003 und 2004 nicht erhöhen, sondern „Nullrunden“ beschließen. Auch für Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie politische Beamtinnen und Beamte sollen „Nullrunden“ gelten, sobald der Bund die rechtliche Möglichkeit dazu eröffnet. Bei den Ausgaben im Landeshaushalt wollen wir strukturell pro Jahr mehr als 70 Mio. € in folgenden Bereichen einsparen: Abbau von Subventionen, Verzicht auf freiwillige Leistungen, Deckelung der Lotto-Konzessionsabgabe, drastische Senkung der Verwaltungskosten.

Wir wollen einen Beschäftigungspakt. Die Steuerausfälle zwingen die Länder mit ihren personalintensiven Haushalten zu Stellenstreichungen. Ohne dass damit zugleich Aufgaben wegfallen, müssen wir weitere rund 130 Mio. Euro einsparen. Dies würde die Streichung von weiteren 3.250 Stellen im Landesdienst bedeuten. Wir wissen aber, dass die Arbeitsverdichtung durch den Stellenabbau der vergangenen Jahre in vielen Bereichen des Landesdienstes enorm zugenommen hat. Er verbaut in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit jungen Menschen den Weg in den Beruf. Die Drohung mit Gehaltskürzungen oder der Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld zerstört das Vertrauensverhältnis im „Unternehmen Niedersachsen“ und zudem die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen deshalb mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes einen Beschäftigungspakt schließen und Vereinbarungen treffen, wie sie in jedem Tarifvertrag der Privatwirtschaft für Unternehmen vorgesehen sind, die in finanzieller Notlage sind. Wir bieten den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften in dieser für unser gemeinsames Land schwierigen Situation an: Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, Verzicht auf zusätzlichen Stellenabbau, statt dessen Wiederbesetzung der frei werdenden Stellen vor allem in der Finanz- und Justizverwaltung, Übernahme aller Auszubildenden. Dafür allerdings brauchen wir für den Zeitraum der kommenden zwei Jahre Lohn-, Gehalts- und Pensionserhöhungen nur im Rahmen der Inflationsrate. Keiner soll weniger verdienen, aber auch nicht mehr.

Wir wollen den gesamten Verwaltungsaufbau in Niedersachsen reformieren. Dadurch werden wir am Ende der Legislaturperiode jedes Jahr 170 Mio. € einsparen. Wir wollen Hierarchieebenen abschaffen, möglichst viele der bisherigen Aufgaben von Landesämtern und Bezirksregierungen aufgeben oder sie mit Finanzierung des Landes auf freiwillige Kooperationen der Städte und Landkreise übertragen. Die Region Hannover hat dafür Maßstäbe gesetzt. Wir wollen mit den benachbarten Bundesländern gemeinsame Verwaltungseinheiten bilden. Wir wollen konsequent den Weg der Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen gehen. Wir wollen flächendeckend die Effektivität und Effizienz unserer öffentlichen Dienstleistung verbessern, indem wir moderne Steuerungsmethoden wie Delegation von Aufgaben, Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling weiter einführen. Wir wollen den von der Landesregierung bereits beschlossenen Stellenabbau aus den so genannten

Politik für die Wirklichkeit

„Zielvereinbarungen“ derart beschleunigen, dass die Einsparungen bereits im Landeshaushalt 2006 in voller Höhe greifen.

Handlungsfähigkeit: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Wir haben beim Sparen ein Ziel: Die Lebenschancen der Menschen wahren und sie mehren. Es gibt Aufgaben, bei denen wir nicht sparen dürfen und werden, weil wir damit die Zukunft unseres Landes gefährden würden. Allein in den Bereich Bildung investieren wir zusätzlich 230 Mio. €. Durch Verzicht auf Wünschenswertes und Konzentration auf unsere Zukunftsaufgaben können und werden wir diese Ziele erreichen. Die SPD in Niedersachsen wird die Bildungs- und Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen deutlich verbessern. Wir werden die Frauen und Familien stärker fördern und vor allem durch Kindertagesstätten und Ganztagschulen für eine bessere Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf sorgen. Älteren Menschen in unserer Gesellschaft werden wir Raum für eine aktive Rolle geben und für Sicherheit, Geborgenheit sorgen. Das Sicherheits- und Rechtsempfinden unserer Bevölkerung werden wir stärken, Kriminalität konsequent bekämpfen und für bessere Arbeitsbedingungen für Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz sorgen. Das ehrenamtliche Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit, im Sport, der Kultur, den Vereinen und Verbänden und in unseren Hilfs- und Rettungsdienstorganisationen werden wir stärken. Wir werden für eine intakte Umwelt und gesunde Ernährung sorgen, Verbraucher schützen und der niedersächsischen Landwirtschaft eine gute wirtschaftliche Entwicklung bieten. Und wir wollen durch eine Gemeindefinanzreform unsere Städte und Gemeinden wieder lebendiger zu machen und ihre Integrationskraft für Jung und Alt, Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer stärken.

Steuerausfälle dürfen diese Aufgaben nicht gefährden. Der Bundeshaushalt und alle Länder- und Gemeindehaushalte müssen im laufenden und im kommenden Jahr mit dramatischen Einbrüchen in der Steuerentwicklung fertig werden. Die Steuerrückgänge verursachen für Niedersachsen im Jahr 2002 Ausfälle von rund 1,6 Mrd. Euro, das entspricht fast 12 % der Steuereinnahmen. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen machen es praktisch unmöglich, ausgeglichene Haushalte oder gar ein Programm zum weiteren Abbau der Nettoneuverschuldung vorzulegen. Wegen dieser Fehlbeträge sind wir bereit, für den Zeitraum der Steuerausfälle auch eine erhöhte Verschuldung unseres Landes zu akzeptieren, damit die lebensnotwendigen Strukturen im Lande erhalten bleiben.

Dazu kam im Jahr 2002 die Erstattung von rund 600 Mio. € aus der Förderabgabe für die Erdgasproduktion. Diese Summe müssen wir heute zurück zahlen, weil die alte CDU-Landesregierung den Förderzins zwar ausgegeben hat, ihn aber zu großen Teilen zu Unrecht erhoben hatte!

Mit den vorgesehenen Einsparungen wird der Landeshaushalt dauerhaft um 350 Mio. € entlastet. Zusammen mit der Entlastung von 120 Mio. Euro aus dem Verkauf von Beteiligungen (ohne VW, Salzgitter AG und Nord/LB) ergibt sich damit gegen Ende der Legislaturperiode eine Haushaltsentlastung von 470 Mio. Euro/Jahr.

Wir wollen eine Gemeindefinanzreform. In der Expertenkommission der Bundesregierung streiten die Kommunen und das Land Niedersachsen Seite an Seite für die zügige Umsetzung der Gemeindefinanzreform. Der ehrgeizige Zeitplan – Umsetzung der Reform zum 1. Januar 2004 – muss eingehalten werden. Die prekäre Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise macht die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Verbindung mit der Neuordnung der Arbeitsverwaltung und der Vorschläge der Hartz-Kommission notwendig. Die Revitalisierung der Gewerbesteuer unter Einbeziehung von Freiberuflern und die verstärkte Anwendung des Konnexitätsprinzips ist ebenso geboten. Bund und Länder müssen sich künftig in die Pflicht nehmen lassen und finanzwirksame Aufgaben nur dann verbindlich festlegen, wenn deren Finanzierung durch den garantiert werden, „der die Musik bestellt“. Die Reform soll eine

Politik für die Wirklichkeit

Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen und eine den Aufgaben entsprechende Finanzausstattung bringen. Wir wollen, dass auch künftig der Verfassungsauftrag des Grundgesetzartikels 28 (2) erfüllt wird und eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftsbezogene Steuerquelle erhalten bleibt. Die Diskussion um die künftige Finanzierung der kommunalen Ausgaben muss weiter geführt werden. Letztlich geht es um die Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge im allgemeinen. Die immer wieder – zu Recht – kontrovers geführte Debatte um Art und Umfang gesetzlich normierter und so genannter freiwilliger Leistungen erzwingt geradezu einen gesellschaftlichen Konsens über ein zukunftsfähiges Leitbild für die kommunale Selbstverwaltung. Klare Vorstellungen über Umfang und Qualität der zukünftigen Aufgaben der Kommunen im Lande sind Voraussetzung für eine tragfähige Lösung für notwendige Einnahmen und Ausgaben. Deshalb ist für uns die Gemeindefinanzreform ein Prüfstein für die Zukunft der kommunalen Demokratie. Wir nehmen Rücksicht auf die kommunalen Finanzen. Auch bei allen Maßnahmen der Landespolitik werden wir uns als Partner der Kommunen begreifen. Deswegen werden wir – wie auch bundesweit gefordert – keine weiteren Verpflichtungen für Städte, Gemeinden und Landkreise beschließen, ohne eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Das Konnexitätsprinzip soll auch in Niedersachsen gelten.

B.Bildung und Schule

Wir gestalten Schule. Nach dem PISA-Schock ist die Aufregung in Deutschland groß, nicht nur bei den Bildungspolitikerinnen und -politikern. Deutschland insgesamt entspricht mit seinem Schulsystem nicht den internationalen Anforderungen. Dabei wissen alle, dass Bildung der zentrale Baustein für die Zukunft ist. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche auch in Deutschland eine hervorragende Bildung erhalten, die sie befähigt, die Herausforderungen von morgen zu meistern. Im Gegensatz zu den erfolgreichen Staaten im Bildungsvergleich werden die Schullaufbahnen in Deutschland nicht nur vom Leistungsvermögen eines Kindes, sondern viel zu stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Deswegen wollen wir auf Niedersachsen die Bedingungen übertragen, die in den Staaten mit exzellenten Ergebnissen Ursache für deren besseres Schulsystem sind. Dazu gehören verstärkte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, Persönlichkeitsbildung, mehr Chancengleichheit, praxisnahes Lernen, mehr Selbstständigkeit und Gestaltungsfreiheit für die Schulen, höhere Leistungsorientierung, Qualitätssicherung und Ergebnisverantwortung. Deshalb hat die SPD-Landesregierung in Niedersachsen eine umfassende und nachhaltige Schulreform in die Wege geleitet. Und die lassen wir uns etwas kosten.

Wir gewährleisten die Unterrichtsversorgung. Die gesicherte Unterrichtsversorgung ist die Grundlage für eine qualitative Weiterentwicklung unseres Schulwesens. Wir werden die Unterrichtsversorgung im niedersächsischen Schulsystem bis 2008 deutlich weiter verbessern. Die finanziellen Spielräume im Bildungsbereich, die sich aus den sinkenden Schülerzahlen ab 2005 ergeben, sollen für die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen und Schulbudgets genutzt werden.

Wir fördern die Deutschkenntnisse vor und in der Schule. Alle Kinder sollen Deutsch sprechen können, wenn sie zur Schule kommen. Künftig wird daher die Sprachkompetenz schon im Herbst vor der Einschulung getestet. Besteht ein Förderbedarf, gibt es ein halbes Jahr vor der Einschulung einen Deutschkurs, der auch in der Schule fortgeführt werden kann. In diesem Schuljahr wird an zwanzig Grundschulen die Sprachförderung vor der Einschulung erprobt. Im nächsten Jahr soll die Sprachförderung dann flächendeckend in Niedersachsen eingeführt werden. Hierfür werden 280 zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Für die Jahre 2004 bis 2006 werden dafür 12,5 Millionen Euro, 13,6 Millionen Euro und nochmals 13,6 Millionen Euro in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt. Für Kindertagesstätten mit besonders hohem Anteil an Kindern von Migrantinnen und Migranten werden außerdem 8 Millionen Euro für zusätzliche pädagogische Fachkräfte bereitgestellt.

Wir fördern Zweisprachigkeit und interkulturelle Bildung. Kinder mit einer anderen als der deutschen Muttersprache bringen vielfältige sprachliche und kulturelle Kompetenzen mit, die von der ersten Klasse an gefördert und unterstützt werden müssen. Ihre Mehrsprachigkeit wird als Bereicherung in die interkulturelle Gestaltung des Schullebens integriert, um die Kompetenzen aller Kinder zu stärken. Der Herkunftssprachunterricht soll neu gestaltet und in das Förderkonzept neu integriert werden. Integration bedeutet auch die Förderung von interkulturellem Lernen in den Schulen. Interkulturelles Lernen ist Voraussetzung für die Entwicklung einer modernen demokratischen Gesellschaft und dafür, in den verschiedenen Kulturen und Lebensweisen friedlich miteinander zu leben.

Wir machen alle Grundschulen verlässlich. Eines unserer erfolgreichsten Reformprojekte ist die Verlässliche Grundschule. Sie fördert nicht nur die Qualität der Arbeit an den Schulen, sondern hilft vor allem auch den Eltern, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Politik für die Wirklichkeit

Die Verlässliche Grundschule sorgt für mehr Unterricht und bringt außerdem eine wichtige Neuerung: eine Fremdsprache – in der Regel Englisch – ab Klasse 3. Seit diesem Schuljahr arbeiten bereits 1.355 von insgesamt 1.865 Grundschulen als Verlässliche Grundschulen. Zur Finanzierung wurden und werden erhebliche zusätzliche Mittel bereitgestellt: 300 weitere Stellen für Lehrkräfte sowie zusätzliche Mittel für die Betreuung und den Vertretungsunterricht an diesen Schulen in Höhe von 51,5 Millionen Euro für 2003 und je 54,9 Millionen Euro für die Jahre 2004 und 2005. Wir werden die Verlässliche Grundschule flächendeckend einführen.

Wir wollen fördern und fordern. Wir wollen das Rückstellen der Kinder von der Einschulung vermeiden. Deswegen führen wir die Eingangsstufe in den Grundschulen ein. Die Kinder können – je nach ihrem Leistungsvermögen oder Förderbedarf – die ersten beiden Grundschuljahre in einem, in zwei oder in drei Jahren absolvieren. Mit dem Förderplan geben wir den Lehrkräften, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern ein Instrument in die Hand, mit dem gezielt jedes Kind individuell gefördert werden kann. Dieser Förderplan begleitet die Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse und beschreibt die Förder- und Fördermaßnahmen, mit denen bei jedem einzelnen Kind dessen Probleme und Schwächen behoben oder dessen Stärken und Fähigkeiten weiter entwickelt werden sollen. Durch ein Förderkonzept als festem Bestandteil des jeweiligen Schulprogramms aller Schulen soll jedes Kind künftig so gefördert werden, dass es einen möglichst hochwertigen Abschluss erreicht. Unser Ziel bleibt die verstärkte Förderung aller Schülerinnen und Schüler – leistungstärkerer ebenso wie leistungsschwächerer.

Wir gestalten die Schuljahrgänge 5 und 6 neu. Ein wichtiger Baustein der Schulreform ist die Einführung der Förderstufe. Mit der Fortführung des Förderplans und 50 Prozent mehr Förderstunden in den Klassen 5 und 6 stellen wir die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler in den Mittelpunkt unserer Schulreformen. Lehrkräfte aller Schulformen unterrichten in allen Förderstufen unter der Zielvorgabe, gemeinsame, einheitlich gestaltete und für alle Förderstufen gültige Qualitätsstandards zu erreichen. Ganz wichtig ist dabei: Die Förderstufen sind gleichwertig – unabhängig davon, an welchen Schulformen sie angebunden sind – und der Unterricht wird von 8 bis 13 Uhr durch eine Vertretungsreserve bei den Lehrkräften garantiert.

Wir setzen uns für die Menschen mit Behinderungen ein. Wir werden unser Programm „Lernen unter einem Dach“ fortsetzen. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf in den Schulen werden wir weiter entwickeln. Wir wollen das Netz regionaler Integrationskonzepte flächendeckend in Niedersachsen ausbauen. Sonderschulen bleiben erhalten und werden verstärkt zu Förderzentren gestaltet.

Wir werden Haupt- und Realschülerinnen und -schüler verstärkt auf die Berufspraxis vorbereiten. Durch die Zusammenarbeit mit den Berufsschulen soll besonders in den Hauptschul-, aber auch in den Realschulbildungsgängen ein berufspraktischer Bezug hergestellt werden. Insbesondere der hohen Zahl von Schulabbrechern in den Hauptschulbildungsgängen wollen wir entgegen wirken. Ihnen wollen wir durch verstärkten praxisbezogenen Unterricht vermehrt Chancen geben, in der Arbeitswelt zurechtzukommen. Ebenso werden wir die Durchlässigkeit im Schulsystem verbessern, damit leistungsstarke Haupt- und Realschülerinnen und -schüler vermehrt die Chance erhalten, Abschlüsse im Sekundarbereich II zu erwerben.

Wir intensivieren die Begabtenförderung. Vor fünf Jahren hat Niedersachsen einen bundesweit einmaligen Schulversuch eingerichtet, der Kinder mit besonderen Begabungen integrativ fördert. Daraus wurde ein Konzept entwickelt, das Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen vom Primarbereich bis zur gymnasialen Oberstufe in Kooperationsverbänden intensiv fördert. Und die Schülerinnen und Schüler, die es können und

Politik für die Wirklichkeit

wollen, werden verstärkt Möglichkeiten erhalten, das Abitur schon nach 12 Schuljahren zu absolvieren.

Wir entwickeln die berufliche Bildung weiter und setzen unsere erfolgreiche Ausbildungsplatzpolitik fort. Qualitätsentwicklung steht weiterhin im Vordergrund der berufsbildenden Schulen. Sie sollen zu regionalen Kompetenzzentren ausgebaut werden und dabei größere Selbständigkeiten und Gestaltungsspielräume erhalten. Darüber hinaus werden entschiedene Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses ergriffen, das duale System der Berufsausbildung weiter entwickelt und dabei Modelle für eine Kooperation der regionalen Kompetenzzentren Berufsschule und überbetriebliche Ausbildung erprobt.

Wir bauen die Ganztagschulen flächendeckend aus. In Ganztagschulen haben Kinder mehr Zeit zum Lernen. Mit ihrem Ausbau werden wir Bildungsbarrieren abbauen, die soziale Ausgrenzung verhindern und die individuellen Begabungen unserer Kinder besser fördern. Zudem ermöglichen Ganztagschulen für viele Eltern die Chance, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Deshalb bauen wir mit Hilfe der Bundesregierung unser Ganztagsschulangebot aus: In den kommenden fünf Jahren wird ein flächendeckendes Netz von 500 Ganztagschulen entstehen. Dabei sollen auch außerschulische Träger in die Angebote einbezogen werden. Das verstärkt die Kooperation zwischen Schulen und Wirtschaft, Kultur, Sport und Jugendhilfe.

Wir schaffen ein gerechtes und wohnortnahes Bildungsangebot. Chancengleichheit bedeutet auch, dass im ländlichen Raum ein gleich gutes Bildungsangebot bestehen muss wie in den Städten. Wir unterstützen deshalb kooperative und gymnasiale Angebote besonders im ländlichen Raum durch „kleine Gymnasien“ bis Klasse 10, die Neugründung von Gesamtschulen und Kooperativen Haupt- und Realschulen. Dazu werden wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Landeselternrat, dem LandeschülerInnenrat und der Wirtschaft für die ländlichen Räume in Niedersachsen einen „Grünen Plan“ erarbeiten.

Wir stärken die Selbstständigkeit der Schulen. Erfolgreiche PISA-Länder zeigen uns: Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen führen zu mehr Innovation, Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit. Wir werden deshalb ein Konzept zur flächendeckenden Einführung der „Selbstständigen Schule“ entwickeln. Die „Selbstständige Schule“ erhält weitreichende Kompetenzen bei der Budget- und Personalverwaltung. Hierbei wird die Übertragbarkeit der Mittel auf das jeweils nächste Haushaltsjahr ermöglicht. Langfristig wollen wir die Möglichkeit schaffen, die Lehrkräfte einschließlich der Schulleiterinnen und -leiter von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und diese Aufgaben ausgebildeten Verwaltungskräften übertragen. Die Schulen erhalten auch mehr Freiheit bei der Gestaltung der Unterrichtsinhalte. Wir werden deshalb einerseits zentrale Vorgaben abbauen, andererseits landesweite Standards setzen. Ein Beratungs- und Unterstützungssystem hilft den Schulen auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Ab dem Schuljahr 2003/2004 können sich Schulen freiwillig zur „Selbstständigen Schule“ entwickeln. Die Kompetenzen der Schulbehörden sind ebenfalls neu zu regeln.

Wir wollen die Qualität an den Schulen weiterentwickeln und sichern. Alle Schulen werden zur Entwicklung eines Schulprogramms verpflichtet, das neben selbst gesetzten Zielen auch Schritte beschreiben soll, wie bildungspolitische Förderzielvorgaben zu erreichen sind. Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird regelmäßig durch Evaluationen reflektiert. Die Schulen nehmen künftig an zentralen Standardüberprüfungen teil. Dies geschieht zum Beispiel durch Vergleichsarbeiten in der Grundschule und in den weiterführenden Schulen. Die Standardüberprüfungen werden in ausgewählten Fächern und im Bereich des sozialen Lernens durchgeführt. Außerdem müssen sich die Schulen alle drei bis fünf Jahre im Rahmen einer

Politik für die Wirklichkeit

externen Evaluation einem „Qualitäts-Check“ stellen. Hier wird überprüft, ob die Schule sich im vorgegebenen Qualitätsrahmen (z. B. Lernergebnisse und Erfolge der Schule, Lernkultur und Qualität der Lehr- und Lernprozesse, Lehrerprofessionalität und Personalentwicklung) zur „Schulqualität in Niedersachsen“ bewegt.

Wir werden die Inhalte von Schule auf den Prüfstand stellen. Die zahlreichen Untersuchungen zur Qualität von Schule in Deutschland haben gezeigt: wir müssen im Rahmen einer umfassenden „Lehrplan-Revision“ überprüfen, ob die Inhalte des Unterrichts in den deutschen Schulen den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft noch entsprechen. Deswegen werden wir in der kommenden Legislaturperiode einen umfassenden Prozess zur Überprüfung des Fächerkanons an unseren Schulen beginnen. Welche Fächer haben noch eine Existenzberechtigung, welche Fächer müssen wir neu in die Stundentafeln aufnehmen? Wie integrieren wir verstärkt Inhalte aus dem Bereich der Wirtschaftslehre, des Umweltschutzes, der Medienkunde, der Gesundheitsbildung und der Erziehungskompetenz in unsere Schulen? Wir müssen auch bei den traditionellen Fächern die Frage stellen, was in den Unterrichtsfächern wirklich noch zeitgemäß ist. Wir wollen eine den zukünftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft angemessene und umfassende Allgemeinbildung für unsere Schülerinnen und Schüler sichern und ihnen die notwendigen Schlüsselqualifikationen für die Bewältigung der Zukunft vermitteln.

Wir werden Standards setzen und deren Erfüllung überprüfen.

Im Rahmen der „Lehrplan-Revision“ werden verbindliche einheitliche Standards in den verschiedenen Fächern entwickelt. Die Ausgestaltung darüber hinausgehender Inhalte und Methoden liegt in der Verantwortung der einzelnen Schule. Diese Standards sind den Schülerinnen und Schülern in den jeweiligen Jahrgängen von den Lehrkräften verbindlich zu vermitteln. Wir wissen seit der PISA-Studie: Es kommt auf klare Leistungsmaßstäbe an. Deshalb sollen zentrale Prüfungen und vergleichende Tests die Einhaltung der Standards in den Fächern unterstützen. In ausgewählten Jahrgängen wird daher landesweit überprüft, ob die Schulen diese Standards erreichen. Am Ende jeder Schullaufbahn wird darüber hinaus jeder Schüler und jede Schülerin in ausgewählten Fächern zukünftig eine Abschlussprüfung machen. Dazu führen wir für alle Schulformen landesweite Abschlussprüfungen ein. Beim Abitur wird es zentrale Aufgabenstellungen auf der Basis der von den Schulen eingereichten Vorschlägen in den drei schriftlichen Fächern geben.

Wir unterstützen unsere Lehrkräfte. Die tägliche schwere und engagierte Arbeit unserer Lehrkräfte vor Ort muss verstärkt Anerkennung durch Politik und Gesellschaft erhalten. Dafür setzen wir uns ein. Sie brauchen diese Unterstützung, denn die Verbesserung der Unterrichtsqualität ist in erster Linie die Aufgabe der Lehrkräfte. Mehr Fortbildungen zu binnendifferenziertem Unterricht, zur Diagnostik, zur methodisch-didaktischen Vielfalt neuer Kommunikationstechnologien in den Unterricht stärken unsere Lehrkräfte für den Alltag in der Schule. Wir werden ein Fortbildungsprogramm auflegen, um insbesondere für die Lehrkräfte an Grundschulen und den Förderstufen für ihre Arbeit notwendige Fortbildungen zu gewährleisten. Fortbildungen werden Pflicht und die dafür notwendigen Mittel erhöht. Lehrkräfte an Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, werden wir verstärkt durch die Einstellung von Sozialpädagoginnen und –pädagogen unterstützen.

Wir werden die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung reformieren. Die Ausbildung unserer Lehrkräfte muss dringend neu gestaltet werden. Wir werden in enger Abstimmung mit unseren Hochschulen den Praxisbezug in der Lehrerausbildung vergrößern. Darüber hinaus werden wir – zunächst in Modellversuchen – eine neue Lehrerausbildung einführen. Lehrkräfte erhalten in einem sechssemestrigen Studium eine gemeinsame Grundausbildung in den Bereichen

Politik für die Wirklichkeit

Pädagogik/Psychologie, Fachwissenschaften und Schulpraxis. Nach einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss („Bachelor“) können sie sich entscheiden, entweder weiter für das Lehramt zu studieren oder mit den erworbenen Kenntnissen in einen anderen Studiengang zu gehen bzw. in einen verwandten Beruf. Nach dem Bachelor schließt sich das lehramtspezifische Masterstudium an, in dem Erziehungs- und Fachwissenschaften vertieft und die Schulpraxis verstärkt einbezogen werden. Nach zwei Jahren erhalten die Studierenden dann den akademischen Masterabschluss, der mit der 1. Staatsprüfung gleichwertig ist.

Wir stärken die Mitbestimmung und Mitwirkung für die Eltern und die Schülerinnen und Schüler. Wir haben bereits in der letzten Schulgesetznovelle die Mitwirkungsrechte der Eltern- und Schülervertretungen durch Ausbau ihrer Beteiligung in den Gesamtkonferenzen erheblich gestärkt. Nicht nur bei der Entscheidung über die Schullaufbahn ihres Kindes, sondern auch bei der Gestaltung des Schulangebotes vor Ort bekommen Eltern mehr Entscheidungsrechte. Bevor Entscheidungen über künftige Schulstrukturen durch den Schulträger getroffen werden, ist der Elternwille vor Ort zu ermitteln. Dies betrifft zum Beispiel Ganztagsangebote oder Gesamtschulwünsche der Eltern. Diesen erfolgreichen Weg zu mehr Mitbestimmung werden wir fortsetzen. Im Rahmen der „Selbstständigen Schule“ werden wir die Mitwirkungsrechte der Eltern, Schülerinnen und Schüler so ausweiten, dass sie als gleichwertige Partner am Prozess der „Selbstständigen Schule“ teilnehmen können. Auch sind neue Formen der Beteiligung zu entwickeln, in denen Schulträger wie aber auch Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Region beratend und unterstützend eingebunden werden können.

Wir bringen die Schulen weiter online. Mit dem Aktionsprogramm „n-21 – Schulen in Niedersachsen online“ ist Niedersachsen bundesweit führend beim konzeptionellen Einsatz von Multimedia und Internet. Unternehmen der Informationstechnologie, der Industrie und des Mittelstandes haben gemeinsam mit der Landesregierung und den Kommunen den Verein „n-21“ gegründet. Zu den ca. 35 Millionen Euro Landesmitteln kamen so noch einmal ca. 14 Millionen Euro dazu.

C. Hochschule und Wissenschaft

Wir schaffen optimale Rahmenbedingungen für die Wissenschaft. Niedersachsen hat das modernste Hochschulgesetz in Deutschland. Kein anderes Land gibt seinen Universitäten und Fachhochschulen so viel Autonomie. Die damit verbundenen Gestaltungschancen sind ein wichtiger Standortvorteil im nationalen und internationalen Wettbewerb. Mehr Autonomie für die Hochschulen heißt für uns nicht Rückzug aus der gesellschaftlichen Verantwortung für die Hochschulen. Eine ausreichende staatliche Finanzierung der Hochschulen und Gestaltung der Rahmenbedingungen wird das Land weiter sicherstellen. Die Hochschulen in unserem Land, die sich das zutrauen, können Stiftungshochschulen werden. Damit erhalten die Hochschulen größtmögliche Selbständigkeit. Stiftungshochschulen sind attraktiv für private Geldgeber.

Wir bauen die Fachhochschulen weiter aus. Unsere Fachhochschulen bieten praxisnahe Ausbildung für die Studierenden und anwendungsorientierte Forschung für die Wirtschaft. Sie sind ein wichtiger Motor für die regionale Entwicklung. Dabei ist die Nachfrage nach einer praxisnahen Aus- und Weiterbildung ungebrochen. In 25 Studiengängen kann inzwischen im Praxisverbund studiert werden. Die Landesregierung hat in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Studienplätze um über 50 Prozent erhöht und größere, im nationalen und europäischen Rahmen wettbewerbsfähige Einheiten geschaffen. Nirgendwo sonst in Deutschland ist das Studienangebot an den Fachhochschulen so vielfältig wie in Niedersachsen. Wir werden die Fachhochschulen weiter ausbauen und rund 4.400 zusätzliche Studienplätze schaffen. Dabei setzen wir auf innovative Bereiche – wie etwa die Biotechnologie und die Informationstechnologie.

Wir schaffen für den Nachwuchs echte Chancen. Niedersachsen ist das erste Bundesland mit einem integrierten System zur Förderung der wissenschaftlichen Elite: Wir verkürzen die Qualifikationsphase bis zur Professur um mehr als fünf Jahre und geben dem Nachwuchs frühzeitig die Freiheit zu eigenständigem Forschen und Lehren. In Intensivstudiengängen können hoch motivierte Studierende besonders schnell ihr Studium abschließen. In Graduate Schools erhalten Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler auf ihrem Weg zur Promotion intensive Förderung. Als erstes Bundesland hat Niedersachsen Juniorprofessuren eingeführt, die auch für Frauen bessere Karrierechancen bieten. Wir wollen die Zahl der Professorinnen an niedersächsischen Hochschulen in den nächsten fünf Jahren verdoppeln.

Wir setzen auf wissenschaftliche Exzellenz. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Niedersachsen gehören in vielen Bereichen schon heute zur Weltspitze. Mit dem Produktionstechnischen Zentrum in Hannover, dem Forschungsflughafen in Braunschweig und dem Zentrum für Molekulare Biowissenschaften in Göttingen haben wir Kristallisationspunkte geschaffen, die für die besten Forscher aus dem In- und Ausland inzwischen attraktiv sind. Das Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatikwerkzeuge und -systeme und die Europaforschung an der Universität Osnabrück setzen international beachtete Standards.

Das exzellente Forschungspotential der niedersächsischen Hochschulen werden wir weiter steigern und gezielt in die vorhandenen Stärken investieren. Dabei wollen wir den Weg fortsetzen, die hochkarätige außeruniversitäre mit der universitären Forschung zu verzahnen. In den Lebenswissenschaften ist dies bereits gut gelungen – mit dem Verbund BioRegion. Auch die medizinische Forschung in Niedersachsen gehört unbestritten zur Weltspitze. Diese Stellung wollen wir auch in Zukunft halten und ausbauen. Trotz eines weltweit immer härter werdenden Wettbewerbs um die klügsten Köpfe wird uns dies gelingen. Mit

Politik für die Wirklichkeit

unserem 50-Millionen- Euro-Programm „BrainGain“ gewinnen wir Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, auch aus dem Ausland.

Wir modernisieren das Studium. Die Qualität von Lehre und Studium werden wir weiter verbessern, indem wir die Zahl der international anerkannten Bachelor- und Masterstudiengänge erhöhen. Durch den Einsatz modernster Multimedia-Technik wird die Lehre an unseren Hochschulen weiter optimiert. Wir haben ein Studienguthaben eingerichtet, mit dem wir ein gebührenfreies Erststudium weiter ermöglichen wollen. Die Einführung von Langzeistudiengebühren ist ein Versuch, die Studierenden zu einem schnelleren Studienabschluss zu bewegen und dadurch die durchschnittliche Studiendauer zu verkürzen. Wir werden die Hochschulen in den Zielvereinbarungen verpflichten, die Voraussetzungen für ein zügiges Studium zu schaffen. Den Erfolg aller Maßnahmen werden wir kritisch überprüfen. Studierende sind Mitwirkende und Beteiligte ihrer Hochschulen und tragen Mitverantwortung für ihr Studium. Mit dem neuen Hochschulgesetz haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Studierenden bei der Bewertung der Lehre mitsprechen. Gute Leistungen in der Lehre werden sich in Zukunft für Professorinnen und Professoren auch finanziell lohnen, weil diese Leistungen bei der Vergabe ihrer variablen Gehaltsbestandteile berücksichtigt werden. Dies alles wird dazu führen, dass die Studienzeiten effektiv verkürzt werden können.

Wir machen die Hochschulen zu Ideenschmieden. Wissenschaft findet in Niedersachsen schon längst nicht mehr im Elfenbeinturm statt. Wir haben die Berührungsgänge zur Wirtschaft abgebaut. Hochschulen gründen selbst Unternehmen – das ist neu in Deutschland. Und wir werden dafür sorgen, dass in jeder Hochschulregion eine Innovationsgesellschaft existiert, die den Wissenstransfer in die ansässigen Unternehmen unterstützt. In enger Kooperation mit der Wirtschaft bauen wir Kompetenzzentren auf – wie etwa das für Hörtechnik in Oldenburg. Durch das Netzwerk „Die Gründerfreundliche Hochschule“ erhalten Existenzgründerinnen und -gründer kompetente Beratung, Weiterbildungsangebote und finanzielle Unterstützung. Wir schaffen so ein Innovationsklima, in dem immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Absolventinnen und Absolventen eigene Unternehmen gründen. Damit werden neue Arbeitsplätze in unserem Land geschaffen.

Wir nutzen die Chancen der Globalisierung. Mit unserem Programm zur Internationalisierung der niedersächsischen Hochschulen konnten wir den Anteil der ausländischen Studierenden in Niedersachsen deutlich steigern. Auf Bildungsmessen zeigen niedersächsische Hochschulen Flagge im Ausland. Nachdem der Studienstandort Deutschland in den 90er Jahren an Attraktivität eingebüßt hatte, studieren jetzt 17.000 Ausländerinnen und Ausländer an unseren Hochschulen: So viele wie nie zuvor. Ausländische ForscherInnen und Studierende bringen uns neue Ansichten und neue Ideen. Sie knüpfen Kontakte in Länder, die auch für unsere Wirtschaft immer wichtiger werden. Die Studierenden von heute sind die Entscheidungsträgerinnen und -träger von morgen. Deshalb werden wir den Anteil der ausländischen Studierenden in den nächsten Jahren auf 20.000 erhöhen und setzen damit konsequent die Internationalisierung der niedersächsischen Hochschulen fort.

Wir organisieren das lebenslange Lernen. Wissen veraltet immer schneller. Systematische Weiterbildung ist daher unerlässlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Wir werden die Erwachsenenbildung noch stärker mit den Weiterbildungsangeboten unserer Hochschulen vernetzen.

Wir sichern den offenen Zugang zu den Hochschulen. Auf dem Weg in eine Wissensgesellschaft kommt es darauf an, das gesamte Potential an Begabungen, Fähigkeiten und Leistungen von jungen Menschen zur Entfaltung zu bringen und zu nutzen. Deshalb wird

Politik für die Wirklichkeit

Chancengleichheit ein wichtiger Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik bleiben. Wir müssen immer wieder neue Bildungschancen eröffnen, unterschiedliche Ausbildungswege durchlässig gestalten und den Zugang zur Bildung für alle offen halten. Deshalb fördern wir Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger und öffnen unsere Hochschulen für besonders befähigte Berufstätige (Meisterinnen und Meister) ohne Abitur. Wir brauchen in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen.

D. Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Wir haben die Modernisierung unserer Wirtschaft vorangebracht. Die niedersächsische Wirtschaft ist im 21. Jahrhundert angekommen. Unsere Automobilindustrie zählt im globalen Wettbewerb zur Spitze. Die Ernährungs- und Lebensmittelindustrie spielt ebenso weit vorne mit wie die Chemie-, Stahl- und Luftfahrtindustrie. Von den Handwerksbetrieben über Kultur-, Technik- und Gesundheitservices bis zum Tourismuskonzern – überall ist der Weg in die Informationsgesellschaft eingeschlagen. Niedersachsen hat Profil als innovativer Standort für Zukunftstechnologien gewonnen: unsere Forscher und Entwickler arbeiten an modernsten Patenten im Anlagenbau, in der Biotechnologie, an Softwarelösungen und Anwendungen für den UMTS-Mobilfunkstandard, an Schiffs- wie an Flugzeugelektronik und an den Offshore-Windkraft- und Solaranlagen der nächsten Generation. In unserem Land entwickeln wir neue Kompetenzfelder für Mikrosystemtechnik und neue Werkstoffe. Unsere Wirtschaft erobert sich auch mit Hilfe von Internet und E-Commerce neue Märkte und bringt ihre Produkte heute wesentlich schneller und konkurrenzfähiger zu den Kunden. Dabei ist Niedersachsen zu einer der wichtigsten Drehscheiben Deutschlands geworden, und eine kraftvolle Logistikbranche nutzt dafür die Kombination aus leistungsfähigen Verkehrswegen und elektronischen Netzen. Mit dem Jade- Weser-Port in Wilhelmshaven bauen wir zudem gemeinsam mit Bremen den modernen großen Containerhafen an der Deutschen Bucht, in dem die größten Frachter der Welt Ladung löschen und aufnehmen werden. Wir sind ein starkes Handelsland geworden, und unsere Waren erreichen die Welt.

Wir haben neue Arbeitsplätze geschaffen. Unsere Arbeitsmarktbilanz ist positiv. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Beschäftigung in Niedersachsen überdurchschnittlich entwickelt. Daran werden wir anknüpfen und unsere Schwerpunkte ausrichten: neue Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo wir technologisch Vorreiter sind oder wo neue marktfähige Dienstleistungen entwickelt werden. Vor allem wächst sie in unseren kleinen und mittleren Betrieben. Und sie wächst am stärksten dort, wo technische, kreative und unternehmensnahe Dienstleistungen aufgebaut werden. Darauf setzen wir, denn das hilft auch der Industrie, neue Produkte, Verfahren und Services zu entwickeln. Zwei Drittel der Beschäftigten Niedersachsens arbeiten im Dienstleistungssektor, und darin gründen sich 80 Prozent aller Unternehmen. Der Anteil der privaten Dienstleister an der Bruttowertschöpfung in Niedersachsen beträgt fast 50 Prozent, mit den öffentlichen Dienstleistern sogar 67 Prozent. Diese Zahlen wachsen weiter: Ein Zeichen für eine moderne Volkswirtschaft, in der der Mensch als wesentliche Kraft für Weiterentwicklung und Innovation im Mittelpunkt steht. Dabei verstehen wir Frauenförderung nicht nur als Beitrag zur Verbesserung individueller Lebenschancen, sondern auch als Wirtschaftsförderung. Insofern ist die Erhöhung der Frauenerwerbsquote auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft und nicht nur Ausdruck des gewachsenen Beteiligungswillens von Frauen. Denn ob als Arbeitnehmerin, Selbstständige, Gründerin oder Unternehmerin – eigene erfolgreiche Tätigkeit ist der Schlüssel für soziale Sicherheit, für persönliche Zufriedenheit, für Kreativität und neue Ideen. Sie ist der Motor für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Niedersachsen, aber auch für den notwendigen Strukturwandel.

Wir wollen die Kraft der Regionen wachsen lassen. Jede Region in Niedersachsen hat ihren eigenen Wirtschaftscharakter, ihre besonderen Stärken und Kompetenzfelder. Von den Standorten der Automobilindustrie, der Luft- und Raumfahrtindustrie, über das Biotech-Dreieck Hannover – Braunschweig – Göttingen, die Duft- und Aromastoffindustrie an der Weser, bis hin zu den umsatzstarken Urlaubsattraktionen, zur Chemieindustrie und zur maritimen Wirtschaft an unserer Küste – in vielen Teilen unseres Landes existieren Branchenschwerpunkte, die wir ausbauen wollen. Wir setzen auf unsere Stärken und werden dort noch besser. Wie bei

Politik für die Wirklichkeit

Unternehmen wollen wir Wettbewerbsvorteile erkennen, optimieren und ausbauen. Was eine Region besser kann als andere, wo sie Kompetenz konzentriert, da setzen wir an. Das von uns Sozialdemokraten und den Gewerkschaften konzipierte „Niedersachsen Projekt“, unter dessen Dach sich nach dem Vorbild der Wolfsburg AG zuerst Stadt und Region Hannover mit dem „Hannover Projekt“ begeben haben. Die Kernidee: Wirtschaftliche Schubkraft entwickelt sich am besten in Regionen, die mit ihren erfolgreichsten Betrieben, Dienstleistern, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Institutionen ein Cluster, also eine Anhäufung unterschiedlichster Einrichtungen, bilden. Dort können Ideen, Zusammenarbeit und Arbeitsplätze durch eine klare gemeinsame Wachstumsstrategie entstehen. Wir bringen diese moderne Regionalwirtschaftsförderung mit professionellem Management-Know-how nach vorn. Wir setzen dabei auf ein Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft, von Tradition und Innovation, von Kapital, Ideen und Menschen.

Wir wollen ein verlässlicher Partner für den Mittelstand sein. Die mittelständischen Unternehmen, ihre Kammern und Verbände sind für uns die wichtigsten Gesprächspartner in der Wirtschaftspolitik. Wir haben in Niedersachsen dafür die Basis geschaffen, dass die kleinen und mittleren Firmen am meisten von den politischen Entscheidungen profitieren. Seit 1996 arbeiten wir gemeinsam auf der Basis des „Ganzheitlichen Mittelstandskonzepts“, das wir 1998 und 2001 aktualisiert haben. Dabei klammern wir keine Themen aus: weder Bildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch die Stadtplanung, weder Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitszeiten noch Steuerpolitik, weder Generationswechsel noch Sauberkeit und Sicherheit der Innenstädte, weder Klimaschutz noch Schwarzarbeit, weder Fairness bei der Vergabe öffentlicher Aufträge noch Erhalt der Freiheit für die freien Berufe, weder Verwaltungsreform noch die Vertretung unserer Interessen gegenüber Bund und Europa. Das bedeutet ganzheitlich beim „Ganzheitlichen Mittelstandskonzept“: wir wollen den nicht einfachen, aber dennoch lohnenswerten Weg gehen, um sich auf ein gemeinsames, verlässliches Politikkonzept zu verständigen.

Wir werden Niedersachsen als Gründerland voranbringen. Unternehmen sind stark, wenn sie hervorragend ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden. Aber die Wirtschaft wächst nur, wenn immer wieder neue Unternehmen gegründet werden. Die meisten Arbeitsplätze, weit über die Hälfte, entstehen durch Neugründungen. Weil immer wieder Unternehmer aus Geld- oder Altersgründen aufgeben, muss es wie bisher einen positiven Gründungssaldo von mehreren Tausend Gewerbeanmeldungen pro Jahr geben. Das bedeutet: Deutlich mehr neue Betriebe entstehen, als den Markt verlassen. Heute stellen wir fest: auch in schwierigen Zeiten ebte die Gründerwelle in Niedersachsen nicht ab. Deshalb wollen wir in unserem Land weiter eine starke Gründerkultur fördern. Wir wollen schon in Schule und Hochschule vermitteln, was unternehmerisches Denken ausmacht: die Bereitschaft zur Selbstständigkeit, zum persönlichen Wagnis mit einer Geschäftsidee, zur soliden betriebswirtschaftlichen Planung des Geschäftsmodells und zum verantwortlichen Führen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Niedersachsen liegt heute mit 51 Gründungen je 10.000 Erwerbsfähigen auf Platz vier im Bundesländer-Ranking, an der Spitze unter den westdeutschen Flächenländern.

Junge Unternehmen, die schnell gewachsen sind, führen so in der Biotechnologie bundesweite Erfolge bei Wettbewerben ein und holten damit Millionen Euros an zusätzlichen Forschungs- und Entwicklungsgeldern ins Land. Unsere Selbstständigenquote, die heute noch unter zehn Prozent der Erwerbstätigen liegt, wollen wir deutlich steigern.

Wir schaffen eine moderne Wirtschaftsförderung ohne Bürokratie.

Wir machen den Weg frei für Gründerinnen und Gründern und Unternehmen, die wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Wir haben schon vieles erreicht: bei der neuen

Politik für die Wirklichkeit

elektronischen Bearbeitung von Förderanträgen etwa, die Wochen des überflüssigen Wartens spart; bei der neuen Beteiligungsoffensive BONUS, die Mittelständlern Beteiligungskapital verschafft und sie auf die neuen Kreditrichtlinien unter „Basel II“ vorbereitet; bei mehr Kapitalreserven für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen; bei den neuen Kundenkonferenzen der Wirtschaftsförderer, die maßgeschneiderte Hilfen erlauben; bei einem neu eingeführten Controlling unserer Förderausgaben. Aber das reicht noch nicht. Mit der rechtlich selbstständigen Investitions- und Förderbank Niedersachsen (IN Bank) werden wir ab 2003 alle rund 70 Förderprogramme bündeln. Wir statten die IN-Bank mit mehr Kapital aus als viele andere Bundesländer, und wir geben ihr Spielraum für flexibles Handeln. Durch die Bank mobilisieren wir privates Kapital für die Wirtschaftsförderung, zum Beispiel durch die Gründung von regionalen Beteiligungsgesellschaften. Und wir stellen die Förderung verstärkt von Zuschüssen auf Darlehen um, damit wir mit dem investierten Geld weiter arbeiten können. Dadurch erweitern wir den Spielraum der strategischen Steuerung für die Wirtschaftspolitik, damit Förderung nicht nur verteilt, sondern richtig konzentriert wird. Über Geld und Beratung wird ohne bürokratischen Hürdenlauf entschieden. Mit der IN-Bank, die auch die internationalen Investoren betreuen wird, haben nicht zuletzt die kommunalen Wirtschaftsförderer und die Kammern einen starken Partner an der Seite. Diese Bündelung wollen wir auch in der Technologieförderung erreichen: Wirtschafts- und Forschungsförderung arbeiten schon heute eng zusammen, um neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. Das „Ganzheitliche Innovationsprogramm“ (GIP) hilft bei der Finanzierung von Kompetenzzentren und Netzwerken, damit Unternehmen und Erfinder auf die Ressourcen anderer zurückgreifen können. Zudem bauen wir durch die Erneuerung unserer Technologieberatung ein Innovationszentrum als „Denkfabrik“ für das Land auf. Wir tun dies gemeinsam für die Ressorts Wirtschaft, Verkehr, Wissenschaft, Landwirtschaft und Umwelt. Das gibt es noch in keinem anderen deutschen Bundesland. Große Möglichkeiten erwachsen aus der Zunahme der Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen und GUS-Staaten. Diese Entwicklung ist auf allen Ebenen zu unterstützen.

Wir schützen und sichern Arbeitsplätze in produktiven Unternehmen. Am Markt hat jedes Unternehmen eine Chance, aber keine Garantie auf Erfolg. Wenn kleine und mittlere Unternehmen trotz guter Zukunftsaussichten in Schwierigkeiten geraten, dann wollen wir, dass sie Hilfe durch ein professionelles Krisenmanagement erhalten können: durch Landesbürgschaften, durch die IN-Bank und durch den 2002 gegründeten NiedersachsenFonds, der mit Hilfe von günstigem Beteiligungskapital Arbeitsplätze sichert. Denn gesunde Betriebe und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen eine zweite Chance. Mit dem Tariftreuegesetz haben wir Schluss gemacht mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Lohn-Dumping. Damit haben wir eine langjährige Forderung der Gewerkschaften verwirklicht.

Wir sorgen für Innovationen im Handwerk. Niedersachsen braucht ein starkes und innovatives Handwerk, weil es mit 72.000 Betrieben und einer halben Million Beschäftigten das Rückgrat für den Mittelstand ist – und weil es zwei Drittel aller Auszubildenden im Land stellt. Mit unserem erfolgreichen Landesprogramm „Innovationsförderung für das niedersächsische Handwerk“ unterstützen wir Betriebe, die sich an modernste Maschinen, Werkstoffe und Services wagen, ebenso wie den Wissenstransfer aus den Hochschulen insbesondere in strukturschwachen Regionen. Wir bringen Handwerksbetriebe zu Kooperationen zusammen, so dass sie sich spezialisieren und gemeinsam Marktnischen erschließen können. Durch Vernetzung, Qualifizierungsangebote und durch offensive Vermittlung von Fachhochschulabsolventen wollen wir erreichen, dass das Handwerk Impulsgeber für den technischen Fortschritt in Niedersachsen wird. Wir wollen, dass Handwerksunternehmen auf das Land zählen können: wenn sie Beteiligungskapital benötigen, und wenn sie sich auf die neuen internationalen Kreditrichtlinien und Ratings unter „Basel II“ einstellen. Wenn sie ein modernes Marketingkonzept brauchen für Produkte, die es früher im Handwerk gar nicht gab. Wenn sie auf

Politik für die Wirklichkeit

internationalen Märkten Nischen und Partner im Ausland suchen wollen, dann unterstützen wir sie bei Messen und durch die neu gegründete Osteuropa-Agentur. Und wenn ein Geselle nach der Meisterprüfung eine eigene Firma gründet oder eine alte übernimmt, dann ist uns das eine bare Meisterprämie wert.

Wir bringen Niedersachsen als attraktives Reiseland zur Geltung.

Unser Land ist schön und vielseitig, und darum zieht es Gäste an: fast 34 Millionen Übernachtungen und fast 10 Millionen Tagesgäste zählt Niedersachsen jährlich. Wir wollen daraus noch mehr machen und daran Arbeitsplätze koppeln. Wir haben mit 16 Partnern aus Regionen, Freizeit- und Tourismuswirtschaft die „TourismusMarketing Niedersachsen“ gegründet, um landesweite Produkte und Dachmarken zu schaffen und dafür zu werben. Zugleich wollen wir Neues bieten: darum haben wir jetzt die Kulturwirtschaftsinitiative „Niedersachsen on stage“ gegründet, mit der die milliardenstarke Unterhaltungs- und Medienbranche im Land auch in die Entwicklung des Tourismusgeschäfts eingebunden wird. Zugleich konzentrieren wir Förderung auf deutlich mehr Qualität in unseren Hotels und Gaststätten, in Freizeit-, Sport- und Gesundheitsangeboten – auch in den traditionsreichen Kur- und Badeorten. Während bisher die öffentliche Infrastruktur in der Förderung dominierte, erhalten künftig mehr gewerbliche Unternehmen eine Chance – vom Luxushotel bis zur Wanderreiterstation. Wir werben massiv für Ansiedlungen von Unternehmen, die echte Impulse geben – zum Beispiel die beliebte neue Englandfähre ab Cuxhaven, die früher in Hamburg startete. Für die Wirtschaftspolitik muss klar sein: Hinter den Dachmarken „Junges Niedersachsen“, „Vitales Niedersachsen“ und „Natürliches Niedersachsen“ steht eine große Bandbreite von Angeboten. Unser Land soll nicht nur Natur und Erholung bieten, sondern maßgeschneiderte Attraktionen für vielfältige Zielgruppen: für Familien wie für Senioren, für Sportler wie für Gourmets, für Messebesuch und Forscherkongress, für Langzeiturlaub und Tagestrip, für Ruhesuchende auf dem Land wie für Städtebummler und Kulturtouristen. Denn unsere Gäste sichern unsere Arbeitsplätze in Niedersachsen.

Wir wollen Arbeit für alle. Wir wollen, dass alle eine Chance auf einen angemessenen Arbeitsplatz haben. Ebenso wie Arbeitsplätze in den gehobenen Technologie- und Dienstleistungsbereichen brauchen wir in Zukunft mehr Arbeitsplätze für diejenigen, die keine Top-Qualifikationen vorweisen. Derartige Arbeitsplätze sehen wir vor allem in den Branchen Gesundheit, Pflege, Erholung und Tourismus. Diese Dienstleistungsbereiche werden in den nächsten Jahren aufgrund der Alterung in unserer Gesellschaft, aber auch aufgrund eines sich verändernden Verbraucherverhaltens an Bedeutung gewinnen. Wir werden mit einer Qualifizierungsoffensive und zusätzlichen Maßnahmen diese zukunftsorientierten Dienstleistungsbereiche konsequent fördern. Zudem wollen wir Arbeitsfelder, in denen gleichberechtigte Chancen der Frauen fehlen, in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen stellen. Durch Vereinbarungen mit der Wirtschaft wollen wir die Gleichstellung der Geschlechter auch in der privaten Wirtschaft schaffen.

Wir sorgen für bessere Integration in den Arbeitsmarkt. Für die Geringqualifizierten müssen alle Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt genutzt werden. Dem dient das Instrument der so genannten Kombilöhne. Gerade im Dienstleistungssektor können dadurch bislang ungenutzte reguläre Beschäftigungspotenziale erschlossen werden. Die Arbeitgeberseite ist aufgerufen, Arbeitsplätze für die Zielgruppe des Kombilohns anzubieten und damit aktiv zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beizutragen. Von allen Beteiligten wird erwartet, dass dieses Instrument nicht dazu missbraucht wird, bestehende Tarifverträge zu unterlaufen. Schließlich werden wir die Ansätze des neuen Job-AQTIV-Gesetzes auch in Niedersachsen nutzen, um in Kooperation mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Arbeitsverwaltung und Landesregierung regionale Arbeitsmarktkonzepte zu entwickeln.

Politik für die Wirklichkeit

Wir fördern berufliche Qualifikationen und Arbeit. Wer für den Arbeitsmarkt fit bleiben will, braucht eine solide Ausbildung und muss bereit sein, sich weiterzubilden. Niedersachsen hat spezielle Arbeitsmarktprogramme, um den Wiedereinstieg in den Beruf nach Arbeitslosigkeit oder nach der Familienphase zu erleichtern. Von den bundesweit vorbildlichen sozialen Betrieben bis zur Job-Rotation gibt es Arbeitsmarktprogramme, die speziell auf die unterschiedlichen Situationen von Arbeitssuchenden zugeschnitten sind. Darüber hinaus gibt es eine Neuerung: Mit der Transferinitiative Niedersachsen gibt es ein Programm, das bereits bei drohender Arbeitslosigkeit einsetzt und hilft, Tausende von Arbeitsplätzen zu retten. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere bei den Ungelernten sowie arbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen und –empfängern. Neben den bewährten Instrumenten zur Förderung der beruflichen Eingliederung werden flächendeckend in Niedersachsen Jugendbüros eingerichtet.

Wir schaffen mehr Mobilität. Verkehrsadern sind die Arterien und Venen der Wirtschaft. Verkehr und wirtschaftlicher Erfolg gehören untrennbar zusammen. Entlang der Verkehrsadern entsteht Dynamik, entstehen Unternehmen und Arbeitsplätze. Darum wollen wir unsere Chancen, die uns unsere günstige geografische Lage als Transitland in der Mitte Europas gibt, für die Zentren wie für die ländlichen Regionen nutzen. Wir müssen dabei die Lärm- und Umweltbelastungen des Verkehrs in verträglichen Grenzen halten. Auch darum arbeiten wir an der Verknüpfung aller Verkehrsträger. Viele Menschen in Niedersachsen bleiben auf die Nutzung des Autos angewiesen, weil Bahnanbindungen eine Verdichtung voraussetzen, die im Flächenland Niedersachsen nicht überall gegeben ist. Der Ausbau des Straßennetzes ist von zentraler Bedeutung für Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Wo möglich, soll dieses Netz durch Binnenschifffahrt und Schienenverbindungen ergänzt und entlastet werden. Viele Menschen sind auf die Nutzung des Autos angewiesen, wir wollen durch die Schaffung von attraktiven Angeboten den Umstieg auf die Schiene fördern. Da der Bau von verkehrlicher Infrastruktur eine wichtige Bedeutung für die Wertschöpfung und Arbeitsplätze hat, haben wir das Landesprogramm "Bauen jetzt in Niedersachsen" geschaffen. Dabei sollen Straßen und Schienenverkehr gleichberechtigt behandelt werden. Wo möglich soll das Straßen- und Schienennetz durch Binnenschifffahrt ergänzt und entlastet werden. Leistungsfähige Straßen, Schienen und Wasserstraßen im Hinterland unserer Häfen garantieren zudem den schnellen Weg der Waren zwischen Unternehmen und Kunden.

Wir bauen den Tiefwasserhafen für die größten Frachter der Welt.

Wilhelmshaven ist der Standort des Jade-Weser-Ports, den wir gemeinsam mit Bremen als internationalen Containerhafen an der Deutschen Bucht bis 2009 bauen werden. Das tiefe Wasser der Jade ermöglicht den Zugang der größten Containerschiffe, die auf den Werften der Welt entstehen werden. Für Bau und Betrieb des Hafens werden wir private Investoren als Partner haben. Wir gehen auch hier neue Wege und erreichen ein großes Ziel: Wilhelmshaven wird zu einer der großen maritimen Drehscheiben Europas. Mit Investitionen in Höhe von rund 800 Millionen Euro ist es ein Jahrhundertprojekt für Norddeutschland. Wirtschaftsforscher beziffern den Arbeitsmarkteffekt auf rund 6.000 direkte und indirekte neue Jobs. Mit der Gründung der Jade-Weser-Port Projektentwicklungsgesellschaft haben wir seit 2001 alle notwendigen Vorarbeiten in Gang gebracht, um ab 2005 bauen zu können. Der Hafen ist leistungsfähig, modern und umweltverträglich an das Verkehrsnetz auf Straße und Schiene anzubinden.

Die niedersächsischen Werften haben ihre Spitzenstellung auf dem Weltmarkt mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der Landesregierung erreichen und sichern können. Das Emssperwerk ist ein Musterbeispiel für die Zusammenführung ökologischer und ökonomischer

Politik für die Wirklichkeit

Ziele. Dafür haben wir über 218 Millionen Euro in das Hochwasserschutzprojekt investiert, die sich Bund und Land jeweils zur Hälfte teilen.

Wir finden: Niedersachsen ist endlich am Zug.

Millionen Bürgerinnen und Bürger sind auf Bahnen und Busse angewiesen. Oft genug klagen sie, und zwar zu Recht, bessere Netzangebote, Verbindungen und Barrierefreiheit ein. Und einfach mehr zeitgemäßen Komfort. Niedersachsen muss noch besser zum Zuge kommen. Und wir wollen mehr Mobilitätsgerechtigkeit zwischen Stadt und Land. Darum haben wir zusammen mit der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) das vierjährige Programm „Niedersachsen ist am Zug“ auf die Schiene gesetzt, mit dem wir bis 2005 rund 800 Millionen Euro investieren. Das bedeutet erstens massive Förderung von Fahrzeuginvestitionen, denn ohne komfortable, sichere und barrierefreie Wagen nützt das schönste Schienennetz nichts. Das bedeutet zweitens zielgenaue Förderung von Infrastruktur-Investitionen in das Netz – zum Beispiel durch die unkonventionelle Vorfinanzierung eines dritten Gleises zwischen Hamburg und Lüneburg, mit dem wir dort zwei Jahre früher die Züge rollen lassen können. Wir wollen für möglichst viele Niedersachsen eine gute Anbindung an die Bahn schaffen, dazu soll geprüft werden, wie alte Strecken reaktiviert werden können. Und auch in die Bahnhöfe und Haltestellen, wobei wir im Aktionsprogramm „Zeit für Bahnhöfe“ auch die Kommunen einbeziehen. In Weser-Ems fangen wir an: Seit Anfang 2002 werden dort mit Landeszuschüssen 30 Bahnhöfe renoviert und ausgebaut. Und drittens optimieren wir einen integralen Taktfahrplan fürs ganze Land, denn wir wollen kurze Umsteigezeiten, höhere Reisegeschwindigkeit, höhere Pünktlichkeit, kürzere Takte auf nachfragestarken Strecken und mehr Pendlerservice wie beim Park & Ride und mit Fahrradparkhäusern. Die gemeinsame, verlässliche Fahrplanauskunft aller niedersächsischen Busse und Bahnen über das Internet macht es übrigens dank einer Landesinitiative so bequem wie nie, das Auto auch einmal stehen zu lassen. Darum wollen wir viertens auch, dass größere und neue Verkehrsverbünde entstehen. Denn jeder Tarifschunzel schreckt Passagiere ab und lässt die Defizite unserer Busse und Bahnen wachsen. Einheitliche Tarife, Fahrscheine und Fahrpläne sind ein enormer Vorteil. Wir setzen daher finanzielle Anreize für die Vergrößerung alter Verkehrsverbünde oder deren Neustart.

Wir geben den Wettbewerbern auf der Schiene mehr Chancen.

Das volle Potenzial unseres Bahnnetzes können wir flächendeckend nur ausschöpfen, wenn nicht nur ein, sondern mehrere Verkehrsunternehmen im Wettbewerb auf unseren Strecken fahren. Wir lassen neue Unternehmen auf unser niedersächsisches Netz, indem wir von Bund und Land bezuschusste Leistungen bestellen. Denn wachsender Wettbewerb ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Wettbewerb soll die Landeszuschüsse, die wir derzeit mit über einer halben Milliarde Euro jährlich zahlen, bei gleicher oder höherer Angebotsqualität spürbar reduzieren. Wir wollen die Kosten senken und dafür sorgen, dass mehr Kunden einsteigen. Das funktioniert sehr gut, wie die NordWestBahn im Teilnetz Weser-Ems seit 2000 bewiesen hat, und das wird auch zwischen Hamburg und Bremen sowie zwischen Hamburg und Uelzen bei der neuen „MetroRail“, bei der Weser- und Lammetalbahn so sein.

Wir wollen die Y-Trasse bauen. Im Zuge der Umsetzung des Projekts Y-Trasse, muss die ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raumes an die Oberzentren Hamburg, Bremen, Hannover verbessert und ausgebaut werden. Die Regionalstrecken sind das Rückgrat des Schienenverkehrs im Land, aber Niedersachsen benötigt mehr denn je leistungsfähige Tempostrecken zwischen den großen Verkehrsknoten. Die Deutsche Bahn hat jetzt die ersten Planungsgelder in die Hand genommen, um die Y-Trasse zwischen Hannover, Hamburg und Bremen zu realisieren. Wir haben den Bund überzeugt: Die Y-Trasse kommt in den Bundesverkehrswegeplan sowie in das Ausbaugesetz für die Bundesschienenwege. Wir wollen damit nicht nur die Reisezeiten verkürzen, sondern die Kapazitäten der bisher überlasteten

Politik für die Wirklichkeit

Hauptverkehrsachsen erweitern. Das Ziel: Langsame Güter- und schnelle Fernzüge werden getrennt, dadurch wird beides schneller. Das wird uns in Norddeutschland auch helfen, mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Der Transportanteil der Schiene im Güterverkehr muss nach den dramatischen Rückgängen der letzten Jahre dringend stabilisiert werden.

Straßenbaukosten, Umweltschäden und Kapazitätsengpässe auf der Straße durch eine unbegrenzte Zunahme des straßengebundenen Güterverkehrs erfordern wirksame Gegenmaßnahmen zur Vermeidung und zur Verlagerung von Güterverkehr auf andere Verkehrsträger. Auch diesem Ziel dient die Y-Trasse. Wir werden uns um eine umweltverträgliche Trassenführung in den betroffenen Regionen intensiv kümmern, entstehende Belastungen müssen soweit irgend möglich ausgeglichen werden.

Wir wollen in die Leistungskraft der Landesstraßen investieren.

Unser Straßensystem muss kontinuierlich verbessert und ausgebaut werden. Aus vier Gründen: Wir müssen Staus vermeiden, die Verkehrssicherheit steigern, Lücken im Netz schließen und den Schwerlastverkehr, wenn es geht, aus den Wohngebieten heraushalten. Andere Verkehrsträger müssen die Straßen entlasten. Aber wir stehen auch in der Pflicht gegenüber jedem, der das Auto für Beruf, Reise oder Einkauf täglich nutzen muss. Darum beginnen wir mit der systematischen Pflege unseres 8.000 Kilometer langen Landesstraßennetzes. Die Qualität der Landestraßen ist seit 1988 deutlich gestiegen, durch gezielten Einsatz der Gelder wird dieser Standard weiter erhöht. Ein völlig neues computergestütztes Planungs- und Prognoseinstrument garantiert, dass sich sein Zustand bis 2010 kontinuierlich verbessern wird. Jährlich bedeutet das rund 900 Baustellen, aber eben auch ständige Sanierung. Wir wollen nicht auf Schlaglöcher reagieren, sondern vorausschauend planen – das bedeutet mehr Effizienz. Jeder Euro, jeder Cent muss am richtigen Kilometerstein eingesetzt werden, damit wir auch mit knappen Mitteln viel erreichen können.

Wir denken neu bei der Finanzierung der Fernstraßen. Wir haben mit dem Bund stets intensiv verhandelt, um den in den 80er Jahren verursachten Investitionsstau bei den Autobahnen und Bundesstraßen abzubauen. So haben wir erreicht, dass jetzt für den Fernstraßenbau in Niedersachsen rund 500 Millionen Euro fließen. Wir konnten mit dem Bau der A 26 bei Stade, dem Lückenschluss der A 31, der A 38 bei Friedland und der A 39 bei Braunschweig beginnen. Wir haben uns für neue Finanzierungsmodelle eingesetzt und ziehen Investitionen zeitlich vor. Bei der A 31 haben wir bewiesen, dass man neu denken kann und muss: Der 40 Kilometer lange Lückenschluss wurde möglich durch finanzielle Zuschüsse von Bund und Region. So wird diese Autobahnlücke zehn Jahre früher als nach bisheriger Planung geschlossen und zugleich durch eine neue Querverbindung an die Niederlande angeschlossen. Die Hansalinie A 1 zwischen Hamburg und Bremen wird eine der ersten Autobahnstrecken sein, für die die Einnahmen aus der LKW-Maut verwendet werden. Dadurch kann sie ein privates Bau- und Betreiberkonsortium schneller auf volle sechs Spuren Breite ausbauen. Wir haben mit dem Bund auch bei anderen Autobahnprojekten und vielen Ortsumgehungen mehr Tempo vereinbart. Erreicht haben wir Programmverbindlichkeit für den Autobahnausbau auf durchgehend sechs Spuren für die A 1 und A 7. Das Land hat jetzt Planungssicherheit und kann bis 2010 Baurecht schaffen. Wir haben die Zustimmung des Bundes, um in unserem Sonderprogramm „Bauen jetzt in Niedersachsen/Schneller investieren – Arbeitsplätze sichern“, das insgesamt Investitionen in Höhe von 920 Millionen Euro anstößt und beschleunigt, auf der A 1, A 2, A 39 und der B 6 Monate und Jahre früher als geplant zu bauen. Vor allem Ortsumgehungen für Häfen- und Küstenverbindungen bauen wir schneller als ursprünglich geplant, etwa bei Cuxhaven und am neuen Wesertunnel. Schließlich haben wir mit dem Bund eine Einigung auf eine Route für die zukünftige A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg erreicht, die durch eine leistungsfähige vierspurige Querverbindung im Raum Salzwedel mit der A 14 von Magdeburg nach Schwerin verbunden wird.

Politik für die Wirklichkeit

Wir lassen unsere Zweiräder leichter rollen. Wir haben Niedersachsens Radwegenetz auf insgesamt 13.000 Kilometer an Landes-, Bundes- und Kreisstraßen ausgebaut. Niedersachsen liegt damit auf Platz eins aller Bundesländer. Wir stehen zum Konzept der Gemeinschaftsradwege, die in kommunaler Verantwortung gebaut, aber vom Land Niedersachsen gefördert und anschließend übernommen werden. Im Fernradwegenetz verfügt das Land über rund 7.200 Kilometer an Landesstraßen und Bundesstraßen. Niedersachsen hat damit den zweiten Platz im Bundesvergleich erklommen. Der Ausbau unseres Radroutennetzes ist fester Bestandteil unserer Verkehrs- und Tourismusstrategie. Wir verbessern auch den Komfort durch einheitliche Standards bei Beschilderung und Routenführung. Wir haben die Ausarbeitung eines kompletten Fernradwege-Routennetzes in Auftrag gegeben. Und wir setzen Anreize für den Wettbewerb der Kommunen um die besten Fahrradkonzepte. Den ersten Landes-Preis „Fahrradfreundliche Kommune“ hat 2002 Leer erhalten, aber Dutzende von Kommunen beteiligten sich mit vielen Ideen. Diese wollen wir fördern und umsetzen. Denn die größten Potenziale für mehr und sicheren Radverkehr liegen in den Städten und Gemeinden. Wir helfen ihnen, sie zu nutzen.

E. Soziale Sicherheit, Familie und Gleichstellung

Wir wollen selbstbestimmtes Leben auf der Grundlage sozialer Sicherheit und sozialer Rechte. Gemeinsam mit Partnern, wie z.B. den Wohlfahrts- und Sozialverbänden, kommunalen Spitzenverbänden, Sozialversicherungen, Selbsthilfegruppen, Frauenverbänden, Kirchen und Gewerkschaften werden wir das soziale Sicherungssystem in Niedersachsen weiter entwickeln. Dabei bekennen wir uns zum Subsidiaritätsprinzip und verstehen die Verbände als Anwälte hilfsbedürftiger Menschen. Trotz knapper werdender finanzieller Spielräume gilt es, vorhandene Risiken weiterhin abzusichern und für den gesellschaftlichen Wandel neue Lösungen zu finden. Mit dem Sozialhaushalt, in dem insgesamt 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, haben wir die nötigen Schwerpunkte finanziell abgesichert.

Wir wollen mehr Chancen für junge Menschen. Für Jugendliche ist der Beruf von entscheidender Bedeutung. Er bestimmt über die eigene Persönlichkeitsentwicklung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Beruf sichert die eigenständige materielle Lebensgrundlage. Deshalb nutzen wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz oder Platz in einer Qualifizierungsmaßnahme zur Verfügung zu stellen.

Mit den Programmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit handeln wir nach unseren Grundsätzen „Je früher, desto besser“ und „Fördern und fordern“. Wir wollen die Langzeitarbeitslosigkeit Jugendlicher mittelfristig halbieren und starten erneut eine Ausbildungsplatzoffensive. Ziel: Auch in Zukunft sollen alle niedersächsischen Jugendlichen und alle Jugendliche, die aus anderen Bundesländern nach Niedersachsen kommen, einen Ausbildungsplatz finden. So sichern wir unserer Wirtschaft den dringend benötigten Nachwuchs an gut ausgebildeten Fachkräften und unseren Jugendlichen Perspektiven für ihren beruflichen Werdegang. Flächendeckend sind Jugendbüros eingerichtet worden. Mit ihrer Hilfe sollen junge Menschen, die Sozialhilfe beantragen, unterstützt und aktiviert werden. Überdies werden wir die Förderung der Jugendwerkstätten und regionaler Arbeitsstellen auf gesicherter Grundlage für Träger und Projekte mit erhöhtem Niveau gemeinsam mit der EU mindestens bis 2006 fortführen.

Wir gehen entschlossen gegen rechtsextremistische Gewalt vor. Die Gewaltbereitschaft insbesondere junger Menschen erfordert schnelle und unmissverständliche Antworten von Staat und Gesellschaft. Wir wollen, dass junge Menschen von den Werten der freien und pluralistischen Gesellschaft überzeugt werden und fördern die Bereitschaft, sich für Aufgaben des Gemeinwesens zu engagieren. Mit dem Präventions- und Interventionsprogramm unterstützt die Landesregierung weiterhin Angebote der Jugendhilfe an Schulen, Integrationsprojekte in Sportvereinen, Lernangebote zwischen Schule und Beruf sowie die Entwicklung neuer Beteiligungsformen. Diese Programme tragen erheblich zur Verhinderung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Gewalt bei. Wir wollen jungen Menschen Mut machen, Zivilcourage zu zeigen, sich gegen Gewalt und Extremismus zu wenden und Minderheiten zu schützen.

Wir fördern die soziale Stadtentwicklung. Viele Nachbarschaften haben aufgrund von Bausünden vergangener Jahrzehnte und einer verfehlten Belegungspolitik Probleme, mit denen sie aus eigener Kraft nicht fertig werden. Deshalb haben wir das Programm „Die soziale Stadt“ entwickelt. Mittlerweile wurden 27 niedersächsische Stadtteile in das Programm aufgenommen. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern werden Lösungen für die Probleme wie die

Politik für die Wirklichkeit

bauliche Sanierung, die Umfeldgestaltung, aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wirtschaftsförderung oder die Förderung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern in diesen Stadtteilen entwickelt. Wir leisten damit einen wirkungsvollen Beitrag zum Abbau sozialer Brennpunkte.

Wir verbessern die Gesundheitsversorgung. Wir wollen, dass die medizinische Versorgung weiterhin auf der Grundlage eines einheitlichen Leistungskataloges und stabiler Krankenversicherungsbeiträge stattfindet. Leistungsausgrenzungen und Rationierung von Leistungen lehnen wir ab, weil sie zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung enger verzahnt, die Qualität der Leistungen erhöht und der Prävention größeres Gewicht eingeräumt wird.

Mit einer innovativen und ausgewogenen Krankenhausplanung sorgen wir für kurze Wege, für Qualität und Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser. Wir investieren jährlich 200 Millionen Euro in eine zukunftsorientierte Krankenhausplanung. Dabei legen wir großen Wert darauf, die Krankenhäuser für den Wettbewerb fit zu machen, indem wir kooperative Regionalisierung von Krankenhäusern und Abteilungen fördern. Nur so können unter den sich ab 2003 verschärfenden Wettbewerbsbedingungen die Qualität der Krankenhausbehandlung erhöht und Arbeitsplätze gesichert werden.

Wir stehen für ein humanes Gesundheitswesen. Die SPD-Landesregierung unterstützt humane Lösungen im Gesundheitsbereich. So fördern wir u. a. das Göttinger SUPPORT-Projekt zur Betreuung krebskranker Patientinnen und Patienten sowie das Kinderhospiz Löwenherz in Syke, das schwerstkranke Kinder und ihre Eltern betreuen wird. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen. Mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsbericht haben wir 2002 erstmals eine Bestandsaufnahme vorgelegt. Die dort aufgezeigten Hinweise werden wir aufgreifen und z. B. die Krankenkassen und Krankenhäuser dafür gewinnen, flächendeckend das Hörscreening für Neugeborene in Niedersachsen einzuführen.

Selbsthilfegruppen spielen auch in Niedersachsen eine immer größere Rolle im Gesundheitswesen. Sie sind damit elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Denn diese dienen dazu, schon frühzeitig bei Problemen zu helfen und sparen somit teure Therapieplätze ein. Deshalb befinden wir uns mit den Krankenkassen im Dialog, um eine stabile, abgestimmte und unbürokratische Förderung dieser Selbsthilfegruppen durchzusetzen.

Wir helfen Menschen im Alter. Unser Land steht angesichts der demographischen Entwicklung vor einer enormen gesellschaftlichen Herausforderung. Wir setzen uns in unserer Politik für ein gemeinsames Miteinander der Generationen ein. Ältere Menschen wollen aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitarbeiten. Wir brauchen die Erfahrungen älterer Menschen – sowohl die berufliche Erfahrung als auch ihre Lebenserfahrungen und ihr freiwilliges gesellschaftliches Engagement. Der Landessenoreninnen- und -seniorenrat wird auch weiterhin auf unsere Unterstützung zählen können. Er verschafft den spezifischen und gesellschaftlichen Interessen älterer Menschen die notwendige Aufmerksamkeit.

Die meisten älteren Menschen leben aktiv, gesund und selbstbestimmt. Wir wollen, dass dies auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit so bleibt. Wir sorgen dafür, dass Menschen auch im hohen Alter selbstständig und in den eigenen vier Wänden leben können. In Niedersachsen gibt es ein flächendeckendes Angebot an betreuten Wohnformen, das durch Landesmittel gefördert wird. Ambulante Pflegedienste und mehr als 250 Sozialstationen

Politik für die Wirklichkeit

ermöglichen bei uns Pflegebedürftigen den Verbleib in der eigenen Wohnung. Die Entwicklung neuer Pflegeformen und Wohnkonzepte, Stärkung von Pflegewohngemeinschaften und Verbesserung der rehabilitativen Pflege sind zukünftige Herausforderungen. Daran arbeiten wir weiter und haben deshalb einen Dialog Soziales Niedersachsen mit allen relevanten Verbänden und Organisationen begonnen. Gemäß dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ fördern wir ambulante Pflegeformen vorbildlich. Aber auch wenn Pflege nur im Heim stattfinden kann, ist Niedersachsen gut gerüstet: Fast 70.000 Plätze in Altenpflegeheimen stehen zur Verfügung. Durch das Landespflegegeld werden Investitionskosten in Höhe von bis zu 550 Euro monatlich gefördert. Positive Folge: Nur ein geringer Teil von Pflegebedürftigen, meist ältere Frauen, ist von Sozialhilfe abhängig. Gerade dieser Personengruppe gilt unsere Unterstützung.

Wir machen Menschen mit Behinderung zu Expertinnen und Experten in eigener Sache.

Ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes umzusetzen gehört zu unseren wichtigsten Zielen. Die Bundesregierung hat mit dem Behindertengleichstellungsgesetz eine neue Ära der Behindertenpolitik eingeläutet. Wir werden die zukunftsweisende Behindertenpolitik in Niedersachsen fortsetzen und ein Landesgleichstellungsgesetz verabschieden, das mehr Selbstbestimmung und Teilhabe bedeutet. Barrierefreies Bauen wird für größere Wohngebäude und öffentliche Gebäude mit Inkrafttreten der Änderung der Niedersächsischen Bauordnung vorgebracht.

Für behinderte Kinder schaffen wir Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens mit nicht behinderten Kindern und bieten gleichzeitig eine gezielte Förderung. Geleistet wird dies von Regel-Kindergärten mit integrativen Gruppen oder Einzelmaßnahmen sowie Landesbildungszentren mit ihren speziellen Angeboten.

Durch ein neues Behindertenrecht haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen deutlich verbessert. Neben den Werkstätten für Menschen mit Behinderung sind in Niedersachsen flächendeckend Arbeitsassistenten-Zentralen eingeführt worden, die dafür sorgen, dass mehr Behinderte einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Zudem wollen wir modellhaft ein „Persönliches Budget“ als ambulante Eingliederungshilfe erproben. Damit jede und jeder Einzelne selbst bestimmen kann, welches Hilfeangebot sie bzw. er wo, wann, wie und von wem in Anspruch nehmen möchte. Schließlich tragen wir auch in der Landesverwaltung dazu bei, die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen zu bekämpfen. In jedem Jahr werden wir die Quote der beschäftigten schwerbehinderten Menschen im Landesdienst um 0,16 Prozent erhöhen.

Wir arbeiten weiter für die Gleichbehandlung psychisch kranker Menschen. Noch immer ist die volle Gleichstellung von psychisch Kranken mit körperlich Kranken nicht erreicht. Allerdings sind wir in der Neuorientierung der Psychiatrie gut vorangekommen. Durch Dezentralisierung und Regionalisierung sind Großkrankenhäuser stark verkleinert worden und haben eine regionale Versorgungsaufgabe bekommen. Unter Einbeziehung der Landeskrankenhäuser sollen Versorgungsnetze stabilisiert werden und die Landeskrankenhäuser gleichzeitig die Aufgaben von Schwerpunktkrankenhäusern der psychiatrischen Versorgung wahrnehmen.

Mit der Verabschiedung des neuen Psychrietiagesetzes wurden Hilfe und Dienstleistung für die Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt. Dem veränderten Selbstverständnis der Betroffenen und ihren Angehörigen ist ebenso Rechnung zu tragen wie den Möglichkeiten der modernen Behandlung, Rehabilitation und Wiedereingliederung. Außerdem gilt es verstärkt, neue Wohnformen und Arbeitsmöglichkeiten zu etablieren.

Politik für die Wirklichkeit

Wir gehen neue Wege in der Armutsbekämpfung. Ab 2003 wird die verschämte Altersarmut, die in erster Linie Frauen betrifft, der Vergangenheit angehören. Bei Vollendung des 65. Lebensjahres und Erwerbsunfähigkeit wird von Rentenversicherung und Sozialämtern ohne Antrag automatisch geprüft, ob die Rente durch Sozialhilfe ergänzt werden muss. Kinder der Sozialhilfebezieher werden nicht mehr zu Unterhaltszahlungen herangezogen.

Wir haben die bisher zwischen Land und Kommunen geteilte Zuständigkeit in der Sozialhilfe zusammengeführt. Für Hilfsbedürftige gibt es in der Regel einen Ansprechpartner vor Ort. Eine Pauschalierung der Sozialhilfe ist in vielen niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten auch für jüngere Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger möglich. Durch ein Landesmodellprojekt wird die Gewährung von Sozialhilfe einfacher und die Verantwortung der Hilfebedürftigen gestärkt.

Wir wollen die Vermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in Arbeit verbessern. Die Jugendbüros unterbreiten jedem jugendlichen Sozialhilfeempfänger ein Angebot für Ausbildung, Qualifikation oder Arbeit. Durch Modellprojekte in verschiedenen Arbeitsamtsbezirken wird gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialverwaltung bei der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in Arbeit verbessert. Wir setzen uns gegenüber dem Bund dafür ein, dass aus diesen Modellprojekten eine Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe stattfindet, um unabhängig vom versicherungsrechtlichen Status der Arbeitslosen zu einer Vereinfachung zu kommen.

Wir stärken die Familien. Mit dem 2001 gegründeten „Bündnis für ein Leben mit Kindern“ stärken wir gemeinsam mit den Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Kirchen und Verbänden die gesellschaftliche Verantwortung gegenüber Familien und Kindern. Wir wollen ein ganzheitliches Familienkonzept insbesondere durch Verbesserung und Sicherung einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung durch Ausbau der Ganztagsbetreuungsangebote und Ganztagsschulangebote. Wir stärken die Erziehungskompetenz der Eltern und sichern so eine gemeinsame Verantwortung eines kindgerechten Aufwachsens.

Unsere Projekte können sich sehen lassen, z. B. Einführung der Verlässlichen Grundschule bzw. Verlässlichen Förderstufe. Wir wollen die Zahl der Krippenplätze deutlich steigern. Anderes ist schon Wirklichkeit: Im vergangenen Jahr wurde bereits die 14. Koordinierungsstelle zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen eingerichtet. Und wir haben den Aufbau von Familienservicestellen begonnen, die mit der Beteiligung von Betrieben familienbezogene Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Haushaltshilfen vermitteln.

Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei wollen wir die partnerschaftliche Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit unterstützen. Hier sind Frauen und Männer gleichermaßen gefragt. Auch das neue Teilzeitgesetz mit Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bietet hierfür gute Ansätze. Zudem wollen wir die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen weiter massiv und gezielt fördern. Wir setzen noch stärker auf Qualifizierungs- und Beratungsprogramme, auf Teilzeitausbildung und Führungskräfte- und Führungskräftetraining und wir fördern ganz gezielt Mädchen, damit sie in zukunftssträchtigen Berufen ihre Chancen nutzen. Unser Ziel bleibt es, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen für Niedersachsen zu machen. Langfristig ist es unser Ziel, durch eine Veränderung der staatlichen Familienförderung die Kindergartengebühren schrittweise abzuschaffen. Um dies zu erreichen, haben wir die Haushaltsmittel für den Familienbereich trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes deutlich aufgestockt.

Politik für die Wirklichkeit

Wir verbessern das Angebot für Kinderbetreuung. Gemeinsam mit Kommunen und freien Trägern haben wir seit 1990 mit einem Mitteleinsatz von ca. 150 Millionen Euro 80.000 neue Kindergartenplätze geschaffen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz war und ist unbestritten ein großer Fortschritt. Die meist üblichen vier Stunden Betreuungszeit reichen aber für Eltern nicht aus, um erwerbstätig zu sein. Deshalb wollen wir das Angebot an Ganztagsplätzen – soweit möglich – weiter erhöhen. Zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung von Betreuung, Bildung und Erziehung werden wir das Kindertagesstättengesetz im Dialog mit den jeweiligen Trägern weiter entwickeln und den Bildungsauftrag stärken. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Chancengleichheit der Kinder. Durch gezielte Fördermaßnahmen werden wir z. B. die Sprachkompetenz im Kindergarten fördern und dabei den ganzheitlichen Ansatz eines spielerischen Lernens berücksichtigen. Wir werden auch Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen, damit diese die neuen Angebote an ihre Arbeit bewältigen können. Schließlich wollen wir den erstmals 2002 vorgelegten Kinder- und Jugendplan zu einem Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz weiter entwickeln.

Wir schützen vor Vernachlässigung und Gewalt. Wir haben ein Modellprojekt gestartet, das bundesweit Aufmerksamkeit gefunden hat: Familienhebammen unterstützen Mütter in sozial schwieriger Lage bei der Pflege und Versorgung ihrer kleinen Kinder. Und zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes haben wir ein Aktionsprogramm entwickelt, damit Opfer häuslicher Gewalt die neuen Schutzmöglichkeiten auch tatsächlich nutzen und durchsetzen können. Unser Ziel bleibt es, den Schutz von Frauen vor Gewalt weiter auszubauen. Wir sorgen dafür, dass bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Möglichkeiten Polizei und Justiz eng mit den Beratungsstellen, Frauenhäusern, den Beratungs- und Interventionsstellen und dem Landespräventionsrat zusammenarbeiten. Deshalb fördern wir auch künftig Frauen- und Mädchenhäuser sowie Gewaltberatungsstellen. Schließlich haben wir Initiativen ergriffen, um die soziale Situation von Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, zu verbessern. Wir wollen, dass sie bei uns besser betreut und geschützt werden. Wir fördern ihre Aussagen vor Gericht gegen Menschenhändler, indem wir ihnen Schutzwohnungen und soziale Betreuung anbieten.

Wir verbessern die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern. Für uns ist eine Gesellschaft nur dann gerecht, wenn in ihr Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Wir wollen deshalb eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer nach eigener Wahl in allen Bereichen der Gesellschaft wirken. Dabei nehmen wir unsere Verantwortung ernst, denn soziale Gerechtigkeit heißt für uns auch Chancengleichheit der Geschlechter. Deshalb werden wir unseren gleichstellungspolitischen Kurs in Niedersachsen fortsetzen. Neben der Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes haben wir erfolgreich durch Mentorinnenprogramme die bei uns lebenden Frauen in Politik und Beruf gestärkt. Kontinuierlich haben wir die Arbeitsbedingungen für berufstätige Eltern in den öffentlichen Verwaltungen verbessert. Zudem unterstützen wir Frauen auf dem Weg zur Selbstständigkeit ebenso, wie wir Eltern durch unsere Familienservicestellen bei der Bewältigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie helfen. Auch künftig werden wir Gewalt nicht zulassen und unterstützen besonders Frauen durch entsprechende Schutzprogramme.

Wir begreifen Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder. Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist für uns ein durchgängiges präventives Instrument der politischen Alltagsarbeit. In Niedersachsen wird Gender Mainstreaming in allen Vorhaben der Landesregierung berücksichtigt und in Gesetzen und Verordnungen als Entscheidungsgrundlage

Politik für die Wirklichkeit

angewandt. Wir wollen das Prinzip, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, konsequent weiter verfolgen. Das gilt nicht nur für die Landesverwaltung. Im Dialog mit Unternehmen wollen wir für eine Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft zukunftsweisende Vereinbarungen erarbeiten. Gerade weil Frauen über herausragende Qualifikationen verfügen, müssen sich diese auch in der Erwerbsquote und in der Übernahme von Führungsverantwortung stärker als bisher widerspiegeln.

Wir verbessern die Integration von Migrantinnen und Migranten. Das neue Zuwanderungsgesetz hat erstmals die gesetzlichen Grundlagen für eine zukunftsorientierte, verantwortliche Gestaltung von Zuwanderung geschaffen und Integration als zentrale, gesamtgesellschaftliche Aufgabe ins Bewusstsein gerückt. Mit dem Zuwanderungsgesetz wird ein Paradigmawechsel in der Ausländerpolitik und –gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland vollzogen. Nach fast zwei Jahrzehnten konzept- und planloser Ausländerpolitik wurde ein Zuwanderungsgesetz geschaffen, das Deutschland als Zuwanderungsland definiert und in dem die Zuwanderung nach den Bedürfnissen der Bundesrepublik Deutschland geregelt und gesteuert wird, wobei das Asylrecht unangetastet bleibt. Zuwanderung ist eine Chance für eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bereicherung von Gesellschaft. Mit dem niedersächsischen Integrationsplan haben wir die vielfältigen Ansätze zur Integration von Migrantinnen und Migranten mit dem Ziel gebündelt, ein landesweites Netzwerk der Integration und Prävention zu schaffen.

F. Innere Sicherheit, Justiz und Verwaltung

Wir sorgen für Sicherheit in Niedersachsen. Weil wir wissen, dass Sicherheit ein Bürgerrecht ist. Seit Beginn der 90er Jahre ist die Kriminalität bei uns kontinuierlich zurückgedrängt worden. Gleichzeitig konnte die Polizei die Verbrechensaufklärungsquote in den vergangenen Jahren deutlich erhöhen. Im letzten Jahr wurden weit über 50 Prozent aller Verbrechen aufgeklärt. Noch wichtiger ist: Gerade in den Bereichen, die für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ausschlaggebend sind, ist die Aufklärungsarbeit der Polizei am erfolgreichsten. Die Folgen sind messbar: So ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in den letzten acht Jahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen, bei den Raubdelikten gab es in den vergangenen vier Jahren eine Abnahme von rund 20 Prozent. Dabei sind wir stolz darauf, dass die Bertelsmann-Stiftung unserem Land auf dem Feld innere Sicherheit in ihrem letzten Bundesländervergleich aus dem Jahre 2001 den dritten Platz zuerkannt hat. Bei den Ermittlungsverfahren beispielsweise sind die niedersächsischen Staatsanwaltschaften mit nur rund einem Monat Dauer pro Fall bundesweit die schnellsten.

Wir schützen vor Gewalt und Kriminalität von Beginn an. Durch vernetzte Kriminalprävention reduzieren wir Ursachen von Straftaten, integrieren vor allem Kriminalitätsgefährdete und verringern Tatgelegenheiten. Unsere Landeshauptstadt Hannover gilt schon heute als Zentrum der deutschen Kriminalitätsprävention. Der deutsche Präventionstag und seine Geschäftsstelle haben hier ihren Sitz. Und mit derzeit mehr als 120 kommunalen Präventionsräten in der Fläche nehmen wir bundesweit einen Spitzenplatz ein. Diese Zahl wollen wir in den kommenden fünf Jahren auf 200 erhöhen. Für die Entwicklung und Verbreitung von Präventionsprojekten stellen wir jährlich 500.000 Euro bereit.

Wir beugen möglichen kriminellen Anfängen vor. Massives Schulschwänzen ist häufig der erste kleine Schritt in eine kriminelle Karriere. In Kooperation mit Schulen, Jugendhilfe und Polizei werden wir deshalb über den Landespräventionsrat an vier Standorten einen Modellversuch umsetzen, der Früherkennung von Schulschwänzen, sofortige Benachrichtigung der Eltern und entsprechende nachhaltige Reaktion seitens aller Beteiligten einschließt. Weitere Schwerpunkte von Prävention zielen auf Maßnahmen gegen innerfamiliäre Gewalt, Ausstiegshilfen für rechtsextremistische Straftäter sowie spezielle Bewährungshilfen für Jugendliche. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Gewaltbereitschaft von Jungen, die geschlechtsspezifische Maßnahmen der Prävention erfordert.

Wir schützen Opfer von Gewalt und Kriminalität. Noch immer kommen die Interessen und Bedürfnisse der Opfer von Straftaten nach Schutz und Entschädigung zu kurz. Deshalb hat die Landesregierung eine Parlamentsinitiative gestartet: Opferschutz und Opferhilfe gehören als Staatsziel in die niedersächsische Verfassung. Schon heute gibt es in Niedersachsen ein bundesweit einmaliges flächendeckendes Netzwerk der Opferhilfe. Dazu gehören: Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen mit einem Startkapital von 1 Million Euro sowie 11 hauptamtlich betreute Opferbüros, die gemeinsam mit dem Weißen Ring und anderen freien Trägern regionale Netzwerke der ehrenamtlichen Opferhilfe aufbauen. Bei uns bleiben Kriminalitäts- und Gewaltopfer nicht allein.

Wir modernisieren unsere Polizei zu einem erfolgreichen Dienstleistungsunternehmen. An unserem im Jahre 1990 beschlossenen Ziel, die zweigeteilte Laufbahn bis 2005 umzusetzen, halten wir fest. Die große Polizeireform von 1994 mit ihrem integrierten Konzept von Schutz- und Kriminalpolizei ist eine Erfolgsgeschichte, die wir fortsetzen werden. Heute ist unsere Polizei

Politik für die Wirklichkeit

besser ausgebildet und ausgerüstet als je zuvor. Das sehen auch unsere Polizeibeamtinnen und –beamten so, wie eine Repräsentativbefragung des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen ergab. Die nachhaltig verbesserte Grundeinstellung der im Polizeidienst Beschäftigten beruht auf vielen Faktoren: Erhöhte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten, optimierte Servicedienste, verbesserte Arbeitsplatzbedingungen und stärkere öffentliche Wertschätzung der polizeilichen Arbeit. Die Folgen: Erhöhte Motivation und Leistungsbereitschaft, die sich für die Bürgerinnen und Bürger in mehr Sicherheit auswirkt.

Dieser Modernisierungsprozess wird fortgesetzt. So ist Niedersachsen schon jetzt bundesweit an der Spitze bei der Nutzung der DNA-Analyse. Mit dieser modernen Untersuchungsmethode konnten in den vergangenen Jahren fast 500 Kriminelle – Räuber, Gewalt- und Sexualtäter – überführt werden. Wir werden diese erfolgreichen kriminalistischen Möglichkeiten ausbauen. Bis zum Jahr 2004 werden 11.000 Arbeitsplätze bei der Polizei mit einem neuen, flächendeckenden Vorgangsbearbeitungssystem mit einem Kostenvolumen in Höhe von mehr als 80 Millionen Euro ausgestattet. Wir lassen uns die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen gern etwas kosten.

Wir haben den modernsten Justizvollzug in Deutschland. Die niedersächsischen Gefängnisse sind mit die sichersten im Bundesvergleich. Ausbrecher haben bei uns kaum eine Chance. Die Ausbruchquote konnte in den letzten zehn Jahren um mehr als 90 Prozent gesenkt werden. Nur bei uns in Niedersachsen bedarf es zwei befürwortender Gutachten, bevor sicherungsverwahrte Gefangene Hafterleichterung erhalten können. Dabei haben wir die Sicherheitstechnik unserer Justizvollzugsanstalten in den vergangenen vier Jahren mit 45 Millionen Euro saniert. Und in den kommenden zwei Jahren wollen wir die Behandlungsplätze für Sexual- und Gewalttäter in der Sozialtherapie verdoppeln. Auch bei diesem Programm sind wir bundesweit Spitze. So vermeiden wir das Rückfallrisiko und schützen zugleich unsere Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten.

Wir wollen mehr schlichten statt nur zu richten. Im zivilrechtlichen Bereich, aber auch im Bereich der Sozial- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit führt Niedersachsen einen bundesweit einmaligen Modellversuch durch: Unter wissenschaftlicher Begleitung werden an sechs Gerichtsstandorten drei Jahre lang die Chancen außergerichtlicher Klärung und Schlichtung erprobt. Ohne aufwändige Prozesse und förmliche Urteile soll mittels eines Mediationsverfahrens versucht werden, unsere Gerichte zu entlasten und zwischen Streitparteien zu vermitteln. Das spart Gerichts- und soziale Kosten und sorgt langfristig für eine bessere Streitkultur.

Wir wollen das Betreuungsrecht weiterentwickeln. Die Zahl der Menschen, die in bestimmten Lebensbereichen einer qualifizierten Betreuung und Hilfestellung bedürfen, wird auch künftig ansteigen. Deshalb wollen wir die Qualität dieser Betreuung verbessern und mehr Mitsprache der Betroffenen und ihrer Familien sicherstellen. Wir streben die Einführung einer gesetzlichen Vertretung durch Angehörige, insbesondere gegenüber den Sozialbehörden und in Gesundheitsfragen, an, soweit dies zur Rechtswahrung für hilfsbedürftige Personen nötig ist. Dabei wollen wir auch die ehrenamtliche Betreuung stärken.

Wir gehen konsequent gegen Korruption, organisierte Kriminalität und extremistische Gewalt vor. Die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche, Schwerstkriminalität und Extremisten sind Schwerpunkte der Arbeit von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Die Strafverfolgung von Korruption werden wir durch Einrichtung einer Zentralstelle in Hannover sowie von Korruptionsdezernaten in allen Staatsanwaltschaften weiter intensivieren. Dies ist bundesweit beispielhaft. Gegen Schleuserkriminalität, Drogenhandel,

Politik für die Wirklichkeit

Frauenhandel und Kinderpornographie gehen Landesregierung und Strafverfolgungsbehörden ohne Nachsicht vor. Auf Gewinne aus Straftaten wird konsequent zugegriffen. Auch extremistischen Straftätern lassen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz in Niedersachsen keine Chance. Das gilt für rechtsextremistische ebenso wie für linksextremistische Aktivitäten. Mit gleicher Konsequenz gehen unsere Sicherheitsbehörden gegen gewalttätige ausländische Extremisten vor, wie z.B. gegen extremistische Islamisten oder Aktivisten der PKK.

Wir vervollständigen das „Netzwerk Innere Sicherheit“ in Niedersachsen. Unser Augenmerk liegt nicht nur auf Schwerstkriminellen und Extremisten, gegen die wir ohne Nachsicht vorgehen. Auch kleine Straftaten und geringfügige Ordnungsverstöße, die das Sicherheitsgefühl der Menschen beeinträchtigen, haben wir im Blick. Hierzu haben wir in den letzten Jahren in 60 Kommunen erfolgreich arbeitende „Sicherheitspartnerschaften“ von Polizei, Justiz, Bundesgrenzschutz und Kommunen gegründet. Wir verfolgen dabei das Prinzip des Hinsehens, indem wir das Engagement der Bürgerinnen und Bürger einbeziehen und fördern. Unser Ziel ist es, Niedersachsen flächendeckend Schritt für Schritt sicherer zu machen. An Sicherheit wird deshalb im Landeshaushalt nicht gespart: Ob Polizei, Staatsanwaltschaften oder Justizvollzug – die SPD-Landesregierung wird auch künftig in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig investieren.

Wir schützen die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Informationssicherheit ist Aufgabe des Staates. Wir verstehen Datenschutz als einen wichtigen Bestandteil der Informationsgesellschaft. Datenschutz und Datensicherheit sind die Voraussetzung für unseren Erfolg beim Übergang in die Informations- und Wissensgesellschaft. Der Datenschutz sichert die Privatsphäre der Einzelnen gegen die unbefugte Erhebung, Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch beim weiteren Ausbau der Informationstechniken auf den Schutz ihrer Privatsphäre verlassen können. Die Sammlung von Daten und ihre Vernetzung wollen wir auf das notwendige Maß beschränken. Weil es um Menschen geht.

Wir schaffen eine moderne Verwaltung. Bei uns ist der Staat nicht Vormund, sondern Partner der Bürgerinnen und Bürger. In den zurückliegenden Jahren haben wir bereits viel erreicht: Durch moderne Personalführung und -ausbildung sind Motivation und Leistungsbereitschaft der im öffentlichen Dienst Beschäftigten verbessert worden. Zugleich haben wir – wie versprochen – 50 Prozent aller Verwaltungsvorschriften des Landes abgebaut. Das führt nicht nur zur Optimierung der Verwaltungsabläufe, sondern schafft auch neue Gestaltungsspielräume für die Beschäftigten. Mit E-Government im Bereich der gesamten Landesverwaltung wollen wir das elektronische Dienstleistungsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger erweitern. Damit entstehen nicht nur neue Kommunikationswege zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch neue Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe für die Bürgerinnen und Bürger. Der Dialog zwischen Staat und Gesellschaft wird intensiver und ermöglicht eine frühzeitigere und umfassendere Einbeziehung des Wissens und der Wünsche unserer Bürgerinnen und Bürger an vielen Entscheidungsprozessen.

Wir fördern das freiwillige Engagement in Niedersachsen. Laut einer Studie sind in Niedersachsen 2 Millionen Menschen freiwillig in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl tätig. Weitere 2,5 Millionen sind an der Aufnahme eines freiwilligen Engagements interessiert. Das sind ein Drittel der Bevölkerung von Niedersachsen. Der Einsatz für den Nächsten macht den Einzelnen Spaß, ist praktizierte Solidarität und verschafft neue interessante Kontakte. Dieses „Sozialkapital“ in der Gesellschaft ist der maßgebliche Faktor für eine soziale und gerechte Entwicklung unserer Gesellschaft. Neben den Vereinen und Verbänden sind neue Organisationsformen von Freiwilligenarbeit entstanden, die von Spontanität geprägt sind und

Politik für die Wirklichkeit

eher projektbezogen und zeitlich befristet stattfinden. Basierend auf diesen Erkenntnissen haben wir in Niedersachsen eine Offensive „Bürgerschaftliches Engagement für Niedersachsen“ gestartet. Ziel dieser Offensive ist es, mit einem Bündel von Maßnahmen und Aktionen die langjährige und erfolgreiche Förderung des Freiwilligenengagements in Niedersachsen nachhaltig zu verstärken.

Wir machen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung fit fürs Internet.

Mit Hilfe des Internets können schneller und kostengünstiger als bisher auch größere Datenmengen transportiert werden. Es eröffnen sich damit neue Formen der Kommunikation und Information. E-Commerce und E-Learning sind nur zwei der Felder, die völlig neuartige Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Die Landesregierung wird diesen Prozess durch den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie die Förderung innovativer Projekte zur Anwendung moderner IuK-Technik im Rahmen strategischer Partnerschaften unterstützen. Mit ihrem Fahrplan zur Einführung von E-Government und E-Justice wird die Landesregierung hier eine Führungsrolle übernehmen.

Wir bringen die Stärken des Föderalismus wieder zur Geltung. Das sind klare Verantwortlichkeiten, durchschaubare Entscheidungsstrukturen, dezentrale und bürgernahe Aufgabenwahrnehmung und mehr Wettbewerb in einem solidarischen Gemeinwesen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wollen normalerweise nicht wissen, ob sie betreffende Entscheidungen aus Europa, vom Bund, vom Land oder von der Kommune kommen – aber unser Land muss in der Lage sein, Problemlösungen „aus einer Hand“ anbieten zu können. Beides wird unsere Demokratie stärken. Wir werden in diesem Sinne die begonnene Arbeit der Bund/Länder-Regierungskommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung mit vorantreiben.

Wir betreten erfolgreich kommunalorganisatorisches Neuland. Mit der Bildung der Region Hannover haben wir ein in Deutschland einmaliges Reformprojekt gestartet, und zwar nach einem intensiven Diskussionsprozess mit allen Beteiligten vor Ort. Auch in anderen Regionen wollen wir die Zusammenarbeit fördern, wenn dazu vor Ort Bereitschaft besteht. Mit dem 1999 grundlegend erneuerten kommunalen Finanzausgleich verfügt Niedersachsen heute über eines der modernsten Finanzausgleichsgesetze. Die Ausgleichswirkung zugunsten finanzschwacher Kommunen wurde deutlich gesteigert. Damit bildet der novellierte Finanzausgleich eine verlässliche und sichere Grundlage für die Finanzausstattung der niedersächsischen Kommunen.

Wir engagieren uns in Europa. Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Mit der Erweiterung stehen umfassende Reformen an. Bis 2004 soll eine Europäische Verfassung entwickelt werden. Wir arbeiten im Konvent aktiv mit. Dabei will Niedersachsen mehr Demokratie wagen: Das Europäische Parlament soll volle Gesetzgebungsbefugnis erhalten. Voraussetzung: Die Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten müssen eindeutiger geordnet werden. Bei der Reform der Strukturfonds werden wir dafür Sorge tragen, dass Niedersachsen weiterhin an der europäischen Förderung partizipiert.

Wir qualifizieren für Europa. Mit der „Qualifizierungsoffensive“ vergrößert die SPD-Landesregierung die europapolitische Kompetenz und internationale Erfahrung der Beschäftigte der Landesverwaltung. Darüber hinaus wird die Landesregierung unsere Landesvertretung in Brüssel zu einem schlagkräftigen Instrument der Vertretung niedersächsischer Interessen in Europa ausbauen.

Politik für die Wirklichkeit

Wir überzeugen von Europa. Wir haben eine bundes- und sogar europaweit vorbildliche Anlaufstelle in allen Europafragen eingerichtet: das Europäische Informationszentrum in Hannovers City. Mit diesem landesweit arbeitenden Zentrum bringen wir Europa den Bürgerinnen und Bürgern mit gezielten Informationen und praktischer Hilfestellung näher. Und zugleich machen wir Niedersachsen fit für ein zusammenwachsendes Europa.

G. Nachhaltigkeit und Umwelt

Die Integration der verschiedenen Politikbereiche ist der Schlüssel für Fortschritt und Innovation. Umweltpolitik kann heute nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern muss gleichermaßen Eingang finden in die Sozial-, Verkehrs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Umweltschutz bietet in vielen Bereichen und Unternehmen neue Perspektiven und große Markt Vorteile und schafft Arbeitsplätze. Umweltschutz ist kein Hindernis im Wettbewerb, sondern eine ökonomische Chance. Wer diese Chancen erkennt, übergreifend denkt und schnell handelt, wird Marktführer und Impulsgeber. Vorausschauende und vernetzende Strategien sind für Unternehmen und Regierungen gleichermaßen wichtig.

Wir bremsen den Flächenverbrauch. Durch Siedlungsentwicklung und Straßenbau werden in Niedersachsen noch jeden Tag fast 17 ha Boden der Natur entzogen. Gleichzeitig liegen in den Städten und Gemeinden große Areale ehemaliger Industriestandorte (Kasernen, Eisenbahnanlagen, Bahnhöfe etc.) brach. Diese Entwicklung wollen wir im Sinne von mehr Nachhaltigkeit bei der Bodennutzung berücksichtigen. Nach dem neuen Landesraumordnungsprogramm ist verpflichtend zu prüfen, wo neue Gewerbegebiete auf alten Standorten gemäß der Devise: „Modernisierung des Bestandes vor Neubau“ entstehen können. Neben dem sparsameren Umgang mit Flächen spart das übrigens Geld, weil die Anschlüsse für Strom, Gas und Wasser schon vorhanden sind und auch keine neuen Straßen gebaut werden müssen. Zur Unterstützung wollen wir auf Landesebene ein Brachflächenkataster einrichten. Auch bei Förderprogrammen des Landes im Bereich Wohnungsbau und Wirtschaftsansiedlung muss eine sparsame Flächennutzung stärker berücksichtigt werden. Außerdem wollen wir bei der Besteuerung von Grund und Boden den Flächenverbrauch als zusätzlichen Bemessungsmaßstab einführen. Und bei der Förderung von Wohneigentum soll der Erwerb von Altbauten gegenüber dem Neubau nicht benachteiligt werden.

Wir handeln kooperativ. Umweltbelastungen sind heute meist nicht mehr nur einzelnen Verursachern zuzuordnen, sondern haben eine Vielzahl von Quellen und Ursachen. Deshalb hat die Landesregierung eine ganze Reihe von kooperativen Handlungsmodellen entwickelt. Mit großem Erfolg, wie beispielweise die Konfliktbewältigung beim Bodenabbau oder auch das Verfahrensmanagement beim Küstenschutz zeigen. Und die Vorschläge und Konzepte der vierten Regierungskommission zu Produktverantwortung, Kfz- Recycling, Elektro- und Elektronikschrott-Recycling, Umweltmanagement, kommunale Abfallwirtschaft und Bodenschutz finden weit über Niedersachsen hinaus fachliche und politische Beachtung. Noch in diesem Jahr beruft die Landesregierung eine fünfte Regierungskommission, die unter anderem Konzepte zum Bodenschutz und Flächenrecycling entwickeln wird. Neben den hoheitlichen Instrumenten setzen wir verstärkt auf ökonomische und finanzpolitische Instrumente aber auch auf informelle Verfahren wie Absprachen und Kooperationen. Die Umweltprobleme der Zukunft können nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen bewältigt werden.

Wir machen Ernst mit dem Atomausstieg. Die Nutzung der Atomkraft führte in Niedersachsen zu erheblichen Diskussionen und Auseinandersetzungen. Mit dem neuen Atomgesetz, für dessen Zustandekommen sich gerade Niedersachsen beharrlich engagierte, hat der Einstieg in den Ausstieg begonnen. So wird das AKW Stade 2003 Jahr endgültig abgeschaltet. Und durch den Rückbau der Anlage sind die Arbeitsplätze bis 2014 gesichert. Nötiger denn je ist die Entwicklung eines neuen Entsorgungskonzeptes mit der Beschränkung auf einen geeigneten Endlagerstandort für alle Arten radioaktiver Abfälle. Niedersachsen will dabei eine gerechte

Politik für die Wirklichkeit

Lastenteilung zwischen allen Bundesländern. Mit dem Konzept der dezentralen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten sind wir deshalb auf dem richtigen Weg - auch um überflüssige Transporte quer durch die Republik nach Gorleben so weit es irgend geht zu vermeiden. Die SPD-Landesregierung wird mit aller Kraft dagegen angehen, Niedersachsen einseitig sämtliche deutschen Entsorgungslasten aufzubürden.

Wir setzen Johannesburg um. Die Bundesregierung und Niedersachsen haben sich auf der UN-Umweltkonferenz von Johannesburg 2002 entschieden für die globale nachhaltige Nutzung von Ressourcen stark gemacht. Ziel ist es, den Planeten Erde für künftige Generationen zu erhalten. Speziell im Bereich der nachhaltigen Nutzung von Energie und Wasser sind Fortschritte gemacht worden. Sie sind wichtig, um den fortschreitenden Klimawandel aufzuhalten und die zunehmende Zahl von Umweltkatastrophen zu minimieren. Die globalen Ziele von Johannesburg können jedoch nur auf globaler Ebene umgesetzt werden. Hierzu bietet die lokale Agenda 21 eine ideale Unterstützungsstrategie, die wir in Niedersachsen weiter voran bringen wollen: Damit unterstützen wir neue Formen der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, aber auch die Entwicklung lokaler Nachhaltigkeitsstrategien.

Wir setzen auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Wir werden die Energieeinsparung im öffentlichen und privaten Gebäudebestand weiter ausbauen. Denn die Energieeinsparung im Altbaubestand stellt eine besonders effektive Maßnahme zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen dar und sichert gleichzeitig Arbeit und Beschäftigung im Handwerk.

Wir werden weitere Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen. Durch das niedersächsische Klimaschutz-Aktionsprogramm sind bereits Weichen für mehr Klimaschutz gestellt. Diese Strategie zur Vermeidung von schädlichen Klimaveränderungen muss mit aller Kraft weiter verfolgt und verstärkt werden. Dies wurde durch die Flutkatastrophe in diesem Jahr einmal mehr unterstrichen. Auf Klimarisiken müssen wir uns vorbereiten. Die Auswirkungen der Klimaänderungen für die niedersächsischen Regionen müssen untersucht werden. Dabei müssen Wasserwirtschaft, Küstenschutz, Raumplanung, Siedlungsentwicklung, Straßenbau, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Versicherungswirtschaft zusammenwirken.

Wir nutzen Wind, Sonne und Biomasse. Beim Umstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung ist Niedersachsen bestens vorbereitet. Wir liegen bundesweit an der Spitze in der Windenergienutzung. Fast zehn Prozent des Stroms werden in Niedersachsen bereits aus dieser regenerativen Energie gewonnen. Hier treffen sich übrigens einmal mehr Ökologie und Ökonomie: Über 10.000 Arbeitsplätze sind durch Planung, Produktion und Betrieb von Windkraftanlagen entstanden. Einen weiteren Schub werden Windparks auf hoher See bringen. Von diesen Offshore-Windparks wird Niedersachsen sowohl klimapolitisch als auch wirtschaftlich besonders stark profitieren.

Ein weiterer Baustein im Energiemix ist die Solarenergie. 1998 hat die Landesregierung die Solaroffensive gestartet. Dieses Programm ist zunächst für fünf Jahre mit über 10,7 Millionen Euro ausgestattet. Durch die gezielte Förderung von innovativen Modellvorhaben wollen wir solartechnologische Schlüsselentwicklungen vorantreiben: Die kostengünstige Integration von Solartechnik in Bau-Sanierungsmaßnahmen und in die konventionelle Haustechnik. Gleichzeitig wollen wir verstärkt Photovoltaik-Unternehmen in Niedersachsen ansiedeln: So plant der derzeitige Weltmarktführer – die Firma BP-Solar – die erste deutsche Solarfabrik seines Konzerns in Hameln. Die Solaroffensive werden wir in der nächsten Wahlperiode fortsetzen.

Politik für die Wirklichkeit

Und schließlich wird Biomasse als Energieträger gerade in Niedersachsen von großer Bedeutung sein. Auch das hat die Landesregierung frühzeitig erkannt und zum Anschub Projekte mit insgesamt 10 Millionen Euro gefördert. Der Bioenergie wird ein vergleichbar hohes Potential wie der Windkraft zugerechnet. Auf lange Sicht kann die Biomasse in Deutschland etwa zu einem Fünftel zur Energieversorgung beitragen. Unser Ziel bis zum Jahr 2008 ist, dass 20 Prozent des niedersächsischen Strombedarfs aus regenerativen Energiequellen gewonnen werden.

Wir schützen unser Wasser. Ohne Wasser gibt es kein Leben. Deshalb räumen wir seiner Qualität enorme Bedeutung ein. Seit zwölf Jahren kümmert sich die Landesregierung besonders um den Trinkwasserschutz. Unser Land ist inzwischen bundesweit führend. Wir lassen uns das kostbare Nass etwas kosten. Die Wasserentnahmegebühr – die seit 1992 jeder Wassernutzer in Niedersachsen bezahlt – hat dazu beigetragen, dass heute weniger Wasser verbraucht wird. Und mit diesen Einnahmen finanziert das Land den Schutz von Grundwasser und Gewässern.

Ausreichendes Trinkwasser in guter Qualität – dazu zählt ebenfalls, wie wir die Wasserversorgung künftig organisieren. Die SPD-Landesregierung hatte dazu eigens eine Expertenkommission eingesetzt. Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wasserwirtschaft verbessern, damit sie vorbereitet ist für die Zukunft. Wir wollen, dass es bei der in den kommenden Jahren anstehenden Umsetzung der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie – unter Aufrechterhaltung der Verbändestruktur – zu effizienteren Einheiten kommt. Und wir werden die niedersächsischen Kräfte im Bau und Betrieb wasserwirtschaftlicher Anlagen und bei der Erschließung neuer Wasservorkommen bündeln, um auch international auf einem der wichtigsten Zukunftsmärkte besser bestehen zu können.

Wir steuern um im Hochwasserschutz. Das Elbe-Hochwasser hat deutlich gemacht, daß der traditionelle Hochwasserschutz an seine Grenzen stößt. Eins ist klar: ohne Deiche geht es nicht. Traditionelle Siedlungsbereiche müssen durch sie geschützt werden. Gleichzeitig müssen wir den Flüssen aber auch mehr Raum geben durch die Wiederherstellung von Retentionsflächen und die Schaffung von Überschwemmungspoldern. Wir werden der Versiegelung von Flächen entgegenwirken, um die Wasseraufnahmekapazität des Bodens zu erhöhen. Wir werden die Neuausweisung von weiteren Überschwemmungsgebieten unterstützen und dafür sorgen, dass sie von Siedlungs- und Verkehrsprojekten auch so weit wie möglich frei gehalten werden, damit der Hochwasserabfluss nicht behindert wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf dieser Grundlage für alle Flüsse in Deutschland flussgebietsbezogene Hochwasserschutzprogramme erarbeitet werden.

Wir verbessern den Schutz der Natur. Ob Nationalparks, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder Biosphärenreservate – Naturschutz hat in Niedersachsen gute Tradition. Mit uns aber nicht etwa nach dem Motto „Zaun drum und gut so“. Für uns ist klar: Naturschutz nur in Reservaten, und der Rest des Landes bleibt außen vor – das kann nicht funktionieren. Unser Weg ist ein anderer: Gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, suchen wir nach Lösungen, die Mensch und Natur gerecht werden. So unterstützen wir Land- und Forstwirte, die bei ihrer Arbeit Flora und Fauna, Boden und Grundwasser schonen. Die SPD-Landesregierung organisiert Beratung für Landwirte in Trinkwasserschutzgebieten, fördert den ökologischen Waldbau, schließt Verträge über Naturschutzleistungen in der Landwirtschaft. Wer etwa Wiesen in Schutzgebieten bewirtschaftet und aus Rücksicht auf die Natur dort weniger ernten kann, bekommt einen finanziellen Ausgleich aus der Landeskasse. Und wenn durch den Naturschutz auch für die Tourismusbranche ein wirtschaftlicher Effekt entsteht – umso besser. Bis zum Jahr 2008 werden wir die „Natura 2000-Gebiete“ sichern und zehn Prozent der Landesfläche in ein Biotop-Verbundsystem einbringen – gemeinsam mit den Menschen in den

Politik für die Wirklichkeit

Regionen. Wir werden ein neues Landschaftsprogramm für Niedersachsen erarbeiten und deutliche Akzente beim Schutz unserer Moore setzen.

Wir machen Schluss mit dicker Luft. Saubere Luft in Niedersachsen ist eine der großen Erfolgsgeschichten der letzten zehn Jahre. Den gefürchteten Wintersmog zum Beispiel gibt es nicht mehr in Niedersachsen, deshalb konnte die entsprechende Verordnung auch abgeschafft werden. Die meisten der neuen europaweit geltenden Grenzwerte für Luftschadstoffe machen uns keine Probleme. Jetzt geht es an die Reduzierung der nach wie vor großen Belastungen mit Stickoxiden durch den Verkehr in einigen städtischen Ballungsgebieten und an die unsichtbaren Feinheiten: den Staub, der aus kleinsten Teilchen besteht und eingeatmet wird. Dabei werden wir konkret untersuchen, welche Rolle in ländlichen Gebieten die intensive Tierhaltung der Verwehungen von Ackerflächen spielen.

Wir beschleunigen Investitionen durch schnellere Genehmigungsverfahren. Mit einem präzisen Leitfaden für niedersächsische Unternehmen haben wir emissionsrechtliche Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt. Und als erstes Bundesland haben wir eine EDV-gestützte Antragsbearbeitung eingeführt. Das hat viel gebracht: 75 Prozent der Verfahren werden innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen. Das ist nicht nur wichtig insbesondere für mittelständische Unternehmen, sondern auch im internationalen Vergleich ein guter Wert. Bis zum Jahr 2008 werden wir sämtliche Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz elektronisch bearbeiten und so die Verfahren noch weiter vereinfachen und beschleunigen.

H. Ländlicher Raum und Landwirtschaft

Wir stehen für eine ausgleichende Politik zwischen Stadt und Land. Unsere Politik hat in Niedersachsen den dynamischen räumlichen Strukturwandel unterstützt, die Lebensbedingungen in Stadt und Land haben sich sehr weit angenähert. Das Land braucht die Attraktivität der Städte, doch immer mehr Menschen finden es inzwischen auf dem Lande lebenswerter als in den großen Städten. Dem haben wir Rechnung getragen durch eine stärkere Regionalisierung unserer Politik. Gewinner dieser Entwicklung sind die Umlandräume der großen und mittleren Zentren. Gewinner sind ebenfalls die Regionen, die noch vor 40 Jahren als strukturschwache Agrarräume galten. Das häufig strapazierte Schwarz-Weiß-Schema vom benachteiligten ländlichen Raum und den blühenden Stadtregionen und Zentren stimmt längst nicht mehr. Die Strukturdaten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung belegen die gewachsene Attraktivität der ländlichen Räume. Niedersachsen liegt damit im bundesweiten Vergleich in der Beschäftigten- und Bevölkerungsentwicklung vorn.

Wir haben die ländlichen Räume zur wichtigen Stütze des Standortes Niedersachsen entwickelt. Die Landesregierung fördert gezielt die Stärken wie natürliche Ressourcen und intakte Landschaften, gut ausgebaute öffentliche und private Infrastruktur sowie gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte. Im Zeitraum von 1998 bis 2001 wurden 7,1 Milliarden Euro an Fördermitteln bewilligt. Von diesen Mitteln sind 5,5 Milliarden Euro, also rund vier Fünftel, in die Fläche und 1,5 Milliarden Euro, also rund ein Fünftel, in die acht niedersächsischen Oberzentren geflossen. In der Wirtschaftsförderung entfallen rund 82 % auf die Fläche. Wir schaffen damit den Rahmen für Standort- und Investitionssicherheit. Das gilt für die staatliche Infrastruktur und für die privatwirtschaftlich betriebenen Dienstleistungs- und Versorgungsangebote. 1,5 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, die anderen in Industrie und Dienstleistung. Wir unterstützen die Verlagerung von Wohnen und Arbeiten in das Umland der Städte und fördern Maßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Viele ländliche Kreise sind inzwischen Motoren bei der Arbeitsplatzentwicklung. Wir werden auch künftig Weiterbildung und Qualifizierung in allen Regionen intensivieren.

Wir fördern die Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Räume bei fortschreitender Globalisierung. Wir setzen auf weiche Standortfaktoren wie Freizeit- und Erholungswert und unterstützen Innovationsfähigkeit und -schnelligkeit als Schlüsselfaktoren im globalen Wettbewerb. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien machen Dienstleistungen standortunabhängig und eröffnen den ländlichen Räumen große Chancen, von den neuen Entwicklungen zu profitieren. Mit dem Programm Leader+ setzen wir auf innovative, nicht übliche Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, staatlichen Stellen, Wirtschaft, Verbänden sowie Privatpersonen im Rahmen der Regionalen Entwicklungskonzepte.

Wir fördern Kooperationen in den Regionen. Die SPD-Landesregierung fördert durch regionale Entwicklungspolitik und Regionalmanagement individuelle Stärken der Regionen. Dort werden erfolgreiche Kooperationen gestaltet. Von den Strukturkonferenzen Ost-Friesland, Oldenburg, Osnabrück, die sich in der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems zusammengefunden haben, bis hin zu dem Regionalverband Südniedersachsen und Südostniedersachsen haben sich Kooperationsnetzwerke gebildet. Sie sind Beispiele für eine Regionalpolitik zum Anfassen. Wir werden in den kommenden Jahren vor allem lokale und regionale Netzwerke sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern. Dafür lenken wir bis 2006

Politik für die Wirklichkeit

allein mit unserem Ziel 2 –Programm insgesamt 1,4 Milliarden Euro, davon die Hälfte aus EU-Mitteln, in ländliche Räume und strukturell benachteiligte Gebiete.

Wir schaffen attraktive Verkehrsverbindungen für attraktive ländliche Räume. Das 800-Millionen-Euro-Programm „Niedersachsen ist am Zug“ wird den Nahverkehr mit Bus und Bahn binnen fünf Jahren in der Fläche deutlich verbessern. Auch im EXPO-Boom der letzten Jahre sind beachtliche GVFG-Mittel in die übrigen Regierungsbezirke außerhalb Hannovers geflossen – im Straßenbau bis 1999 zu rd. 60 Prozent, 2000 zu fast 70 Prozent.

Wir optimieren unser Bildungssystem, um die Entwicklungschancen unserer Regionen zu nutzen. Bessere schulische und berufliche Ausbildung ist das Zukunftsthema für den Mittelstand. Ziel unserer Politik ist ein regionales Netzwerk des Lernens in engem Zusammenhang mit einer regionalisierten Landesentwicklung. Mit unserer Schulreform werden wir dafür sorgen, dass durch wohnortnahe Bildungsangebote die Chancen auf einen höheren Abschluss im ländlichen Raum verbessert werden. Der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen wird dazu beitragen, Leben, Arbeiten und Lernen auf dem Lande und im Umland der Städte besser zusammenzuführen.

Wir sorgen für mehr Verbraucherschutz vom Stall bis zur Ladentheke. Politik für die Landwirtschaft und gleichzeitig für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu machen bedeutet, weitsichtig zu handeln. Dabei kommt der „Gläsernen Kette“ vom Stall bis zur Ladentheke große Bedeutung zu. Sie garantiert Qualität und Sicherheit. Im Juli 2001 nahm das neugegründete Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) seine Arbeit auf. Mit diesem Amt bündeln wir die wichtigen Institute und Fachdienste in einer selbstständigen Behörde. So verbessern wir zum einen die Organisationsstrukturen für die Futtermittel- und Lebensmittelüberwachung und zum anderen die Öffentlichkeitsarbeit für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Falls es doch zum Ernstfall kommt, ist auch dafür gesorgt: Mit der neu eingerichteten Task Force arbeitet das Seuchenbekämpfungsmanagement unter zuverlässigen Bedingungen.

Wir stehen für eine ausgleichende Agrarpolitik. Dabei wollen wir den berechtigten Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher, denen der Landwirtschaft und dem Schutz der Umwelt zur Bewahrung der vielfältigen, ökologisch intakten Landschaft als unserem Lebensraum gleichermaßen gerecht werden. Der verschärfte globale Wettbewerb beschleunigt den Agrarstrukturwandel mit weitgehender Spezialisierung und Konzentration der Produktion. Ausräumung der Landschaft, engste Fruchtfolgen und Aufgabe des landschaftsprägenden natürlichen Grünlandes sind die Folgen. Wir werden auf die EU-Agrarpolitik einwirken: die Förderprogramme müssen verstärkt auf die Bewahrung der natürlichen Lebensräume ausgerichtet werden. Rechtliche Vorschriften der EU müssen abgebaut, zumindest vereinfacht werden, um örtliche Eigeninitiativen nicht bereits im Keim zu ersticken. Die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte stärkt die Marktstellung der niedersächsischen Landwirtschaft. Vielfältige Initiativen in unserem Land belegen dieses.

Wir fördern Landwirtschaft und ländliche Räume mit PROLAND. Erstmals haben wir die Instrumente zur Förderung der Landwirtschaft und zur Entwicklung unserer ländlichen Räume in einem Programm zusammengefasst. Bis zum Jahr 2006 werden mit PROLAND schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro investiert, an denen die EU mit rund 550 Millionen Euro beteiligt ist. Mit diesem Geld wird die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe gestärkt, Großinvestitionen in der Verarbeitung ermöglicht, die Vielfalt der Kulturlandschaft erhalten, Umwelt- und Tierschutz gefördert, der ländliche Tourismus und das Handwerk unterstützt und im Ökolandbau wichtige Akzente gesetzt. Damit ist PROLAND auch ein

Politik für die Wirklichkeit

wichtiges Konjunkturprogramm für die ländlichen Räume, hilft kleinen und mittleren Betrieben und sichert Arbeitsplätze. Bei uns ist der ländliche Raum in den besten Händen.

Wir helfen dem Ökolandbau aus der Nische. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen kommen wir unserem Ziel näher, zehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch zu bewirtschaften. Landwirten mit Interesse an einer Betriebsumstellung bieten wir konkrete Hilfen an. Wir fördern sie in den ersten Jahren des Übergangs und erleichtern durch neue Vermarktungswege Verbrauchern und Landwirten, sich „pro Öko“ zu entscheiden. Beratung der Landwirte und Verbraucheraufklärung sind für uns entscheidend, wie z. B. die niedersächsischen „Aktionstage Ökolandbau“. Der neu berufene „Beirat Ökolandbau“ mit Vertretern aus der Praxis berät die SPD-Landesregierung fachlich. Das ebenfalls neu eingerichtete Kompetenzzentrum Ökolandbau startet zudem eine Informationskampagne für Landwirte zur Umstellung und koordiniert die Forschungsarbeit in diesem Bereich.

Wir bewirtschaften den Wald nachhaltig. Die Niedersächsische Landesforstverwaltung bewirtschaftet beispielgebend die von ihr betreuten Landesforsten und Genossenschaftsforsten entsprechend den 1991 von der niedersächsischen Landesregierung beschlossenen Richtlinien einer „langfristigen ökologischen Waldentwicklung“ (LÖWE). Diese ökologisch ausgerichtete und dennoch auch ökonomischen Nutzen bringende Waldbewirtschaftung beweist, dass beide Aspekte sehr wohl miteinander in Einklang gebracht werden können. Das LÖWE-Programm senkt den Aufwand für den Waldbau zu stabilen, arten- und ertragreichen Wäldern, da die Kräfte der Natur zielgerichtet ausgenutzt werden und so von einer kostensenkenden biologischen Automation profitiert werden kann. Nach nunmehr fast 12 Jahren ist festzustellen, dass die naturnahe Waldwirtschaft nicht nur zu mehr Struktur, Vielfalt und Differenzierung im Wald geführt hat, sondern auch zu erheblicher Ertragssteigerung bei gleichzeitigem Vorratsaufbau und Optimierung der wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit.

Wir handeln für mehr Tierschutz. Absichtserklärungen allein, was alles noch zu tun ist, helfen nicht, konkretes Handeln ist entscheidend. Gerade wegen der hohen Tierbestände in unserem Land ist es wichtig, die Verantwortung für das Mitgeschöpf Tier zu stärken. Daher fördern wir den Dialog zwischen Tierhaltern, Tierschützern, Wissenschaftlern und Verbrauchern. Klare, sichtbare Erfolge dieses Weges sind etwa die freiwilligen Vereinbarungen für die Puten- und Jungmasthühnerhaltung und die Leitlinien für die Schweinehaltung. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages, den Schutz der Tiere im Grundgesetz zu verankern, sehen wir als Bestätigung unseres langjährigen Einsatzes für den Tierschutz.

I. Kunst, Kultur und Sport

Wir schaffen neue Strukturen für Kunst und Kultur. Die Kultur in Niedersachsen braucht den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Nicht nur in den großen Städten, sondern auch auf dem Land wird Altes bewahrt und Neues geschaffen. Gemeinsam bilden Kunst und Kultur die Grundlagen und die Voraussetzung einer lebendigen Gemeinschaft. Dabei bedeuten Kunst und Kultur in Niedersachsen für uns mehr als nur spektakuläre Events. Für uns sind sie auch das Fundament für sozialen Zusammenhalt. Deshalb werden bei uns Fördermittel nicht nach Proporz, sondern nach Qualität vergeben. Durch die Beratung von unabhängigen Experten bei allen Förderentscheidungen sind wir immer auf der Höhe internationaler Diskussionen.

Wir gehen neue Wege bei der Förderung. Im Bereich der Soziokultur haben wir gemeinsam mit vielen Initiativen und Zentren in Niedersachsen ein bundesweit einmaliges Modell entwickelt: Nicht mehr das Land vergibt die Gelder, sondern der Dachverband der niedersächsischen Einrichtungen. Dadurch haben wir mehr Planungssicherheit, mehr Transparenz und mehr Bürgernähe geschaffen. Kultur schafft Lebensqualität und Zusammengehörigkeitsgefühl. Wir werden deshalb unseren Weg der Regionalisierung der Kulturförderung fortsetzen: Die Ostfriesische Landschaft und der Landschaftsverband Südniedersachsen werden in Zukunft Förderentscheidungen in eigener Verantwortung treffen.

Wir stärken die Kulturwirtschaft. Kultur ist ein immer wichtiger werdender Wirtschaftsfaktor. Museen von internationalem Rang wie die Kunsthalle in Emden oder das Kunstmuseum in Wolfsburg bringen Touristen in alle Regionen unseres Landes. Unsere Museen ziehen internationale Leihgeber und damit mehr Publikum aus ganz Europa an. Auf dem Expo-Gelände in Hannover haben wir ein Zentrum für Kultur und Medien geschaffen. Wie unter einem Brennglas werden dort Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft gebündelt. In diesem kreativen Klima haben sich bereits zahlreiche Unternehmen besonders aus dem Medienbereich angesiedelt. Wir werden das wirtschaftliche Potenzial der Kultur weiter ausbauen.

Wir bringen die Highlights zum Strahlen. Niedersachsen braucht Leuchttürme unter seinen Kultureinrichtungen. Wir fördern das Staatstheater Hannover auf seinem Weg zu neuer nationaler Bedeutung in Schauspiel und Oper. Wir stärken seine Eigenverantwortung und garantieren unsere Zuschüsse für planbare Zeiträume. Und wir schaffen ein kreatives Umfeld mit dem internationalen Theaterfestival „Theaterformen“. Mit dem Rammelsberger Bergbaumuseum haben wir übrigens eines der modernsten Technik- Museen in Europa geschaffen. Durch die Umwandlung in eine Stiftung werden wir ihm die Möglichkeit geben, in Zukunft auch Großprojekte mit europäischen Partnern zu realisieren. Und die Kunsthalle Emden haben wir mit Neubauten in den Stand versetzt für den internationalen Leihverkehr und die gestiegenen Publikumserwartungen. Auch das Braunschweiger Herzog- Anton-Ulrich-Museum werden wir mit rd. 22 Millionen Euro grundlegend modernisieren.

Wir fördern auch in der Kulturarbeit das ehrenamtliche Engagement.

Ob in der Großstadt oder auf dem Land – Kultur lebt von dem Einsatz der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren. Wir fördern dieses Engagement auch dadurch, dass wir attraktive Qualifizierungsangebote machen. So werden wir mit dem Neubau der Landesmusikakademie in Wolfenbüttel eine zentrale Fortbildungsstätte für die Laienmusik schaffen.

Wir fördern den Sport umfassend. Ein Staatsziel in der Niedersächsischen Verfassung ist die Förderung des Sports. Durch gesetzliche Absicherung steht der organisierte Sport in

Politik für die Wirklichkeit

Niedersachsen auf einer verlässlichen Grundlage. Wir sehen die besondere Aufgabe des Breitensports in der Jugendarbeit, der Gesundheitsprävention und der sozialen Integration. Daneben hat auch der Spitzensport bei uns einen guten Platz. Unser Ziel bei der Sportförderung geht aber weit über die sportlichen Aspekte hinaus, deshalb finden die zahlreichen ehrenamtlich engagierten Menschen bei uns volle Unterstützung. Und wir leisten unseren Beitrag für eine angemessene Infrastruktur, damit Sportanlagen sicher und zeitgemäß sind. Das 51-Millionen-Euro-Programm der Landesregierung stellt in den Jahren 2001 bis 2006 – gemeinsam getragen vom Land und dem Landessportbund – Mittel für die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten zur Verfügung. Außerdem wollen wir Sportarten, die bislang als so genannte Männerdomänen gelten, künftig für Frauen attraktiver gestalten und die Beteiligungsmöglichkeiten am und im Sport für Frauen verbessern.

Wir sichern Erwachsenen- und politische Bildung. Die Erwachsenenbildung hat seit jeher einen hohen Stellenwert für die niedersächsische SPD. Erwachsenenbildungs- und Bildungsurlaubsgesetz waren beispielgebend für andere Länder. Wir halten an dieser Politik fest und setzen die vielfältigen Bildungseinrichtungen in die Lage, ihre Arbeit angemessen den sich verändernden Bedürfnissen anzupassen. Die politische Bildung hat dabei einen besonders hohen Rang. Sie leistet wichtige Beiträge für die Funktionsfähigkeit unseres politischen Gemeinwesens. Wir legen dabei großen Wert auf die Unterstützung politischer Jugendarbeit.

Wir entwickeln und stärken die Medienkompetenz. Beim Übergang in die Informations- und Wissensgesellschaft kommt der Medienkompetenz eine Schlüsselfunktion zu. Die Vervielfachung der Fernseh- und Hörfunkprogramme und der rasante Bedeutungszuwachs des Internets erschweren es dem Einzelnen, Möglichkeiten der Information und der Unterhaltung zu überblicken. Sie schaffen aber auch neue Räume für mehr demokratische Beteiligung, allerdings nur für jene, welche die Funktionsweisen des Internets beherrschen. Wer unsere Informations- und Wissensgesellschaft mitgestalten will, muss deshalb Medienkompetenz besitzen. Die sinnvolle Nutzung erfordert entsprechende Kenntnisse, die es zu vermitteln gilt. Wir haben uns dieser gesellschaftlichen Aufgabe angenommen und die gesetzlichen Voraussetzungen zur Stärkung der Medienkompetenz geschaffen. In Kooperation mit der Landesmedienanstalt haben wir einen Medienpädagogischen Atlas erstellt, der den Bürgerinnen und Bürgern eine Orientierungshilfe über vorhandene Einrichtungen, Aktivitäten und Angebote bietet. Auch in unserer Bildungspolitik ist die Vermittlung von Medienkompetenz ein Schwerpunkt. Durch umfassende Fortbildungsangebote für Lehrer im Internetbereich wird die Integration der neuen Kommunikationstechnologien in den Schulen weiter gestärkt.

Wir bringen die Digitalisierung des Rundfunks voran. Niedersachsen ist bei der Erprobung und Einführung digitalen Rundfunks im Norden führend. Auf der Grundlage der Novellierung des Mediengesetzes wird die Landesregierung die von Fernsehveranstaltern und Netzbetreibern gewünschten konkretisierten Rahmenbedingungen für den Beginn des Regelbetriebs von digitalem terrestrischem Fernsehen (Digital Video Broadcasting Terrestrial – DVB-T) schaffen. Dann wird es einerseits klare Fristen geben, innerhalb derer sich der Umstieg von analogen Frequenzen auf die digitale Übertragungskapazitäten vollziehen wird. Andererseits wird mit Hilfe der Gesetzesnovellierung die Möglichkeit eröffnet, flexibel auf die besonderen Gegebenheiten eines inselweise zu vollziehenden Umstiegs einzugehen. Ziel ist es, DVB-T in Niedersachsen spätestens bis zum Jahre 2008 flächendeckend einzuführen und den Bürgerinnen und Bürgern damit eine sehr kostengünstige und einfach zu handhabende Empfangsmöglichkeit von bis zu 24 Fernsehprogrammen als Alternative zum Kabel- und Satellitenempfang zu bieten.

SPD: Die Niedersachsen-Partei Politik für das ganze Land

Unser Ziel für die bevorstehende Landtagswahl am 02. Februar 2003 ist klar:

Die SPD bleibt die bestimmende politische Kraft in Niedersachsen und kämpft erneut um die absolute Mehrheit.

Und vor allem: Sigmar Gabriel bleibt Ministerpräsident unseres schönen Bundeslandes.

Die von ihm geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren nicht nur Bewegung in unser Land, sondern auch das Land in Bewegung gebracht. Sigmar Gabriel und seine Ministerinnen und Minister haben erfolgreich bewiesen, dass eine SPD-Alleinregierung fähig ist, Politik mit kraftvollem Schwung, großem Ideenreichtum und neuem Mut zu machen.

Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das vorhandene Vertrauen der Menschen in unsere Politik erneuern und zugleich um neues Vertrauen werben. Dafür kämpfen wir selbstbewusst, weil sich die Mühe lohnt.

Damit es weiter voran geht in Niedersachsen. Solide, mutig und entschlossen. Den Blick nach vorn gerichtet.

Unser Kurs ist klar. Unser Weg ebenso.

Wir machen Reformen für die Menschen und mit ihnen. Unsere Politik ist eine Politik für das ganze Land.

Eine fortschrittliches, weltoffenes und gerechtes Niedersachsen bleibt unser Auftrag.

Wir sind die Niedersachsen-Partei.

Wir machen Politik für die Wirklichkeit.